

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Wochenbeilage von Montag als Nebenbeilage mit den Unterhaltungsbeilagen "Globe", "Kronen-Beitrag" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus für den Monat Mai 25,- Mk., in voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saargebiet, Ostpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,- Mk., für das übrige Ausland 87,- Mk.

Die gedruckte Kompartiments- oder deren Raum kostet 15,- Mk., einschließlich Interlinear. Kleine Anzeigen: Das letzte gedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Interlinear. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bekanntmachungen 12,- Mk. netto pro Zeile. Stellen-Bekanntmachungen in Wort-Anzeigen: das letzte gedruckte Wort 2,- Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: 152 80-153 80

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noch mehr Metallarbeiter ausgesperrt

Hungerpeitsche der Scharfmacher

Frankfurt a. M., 16. Mai.

Weshalb die ausgesperrten Metallarbeiter in Süddeutschland die Verlängerung der Arbeitszeit ablehnten, hat nunmehr der Verband der Metall-Industriellen die Aussperrung auch der bisher noch nicht betroffenen Metallarbeiter in den Bezirken Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Offenbach und Oberursel vom 17. Mai ab verfügt. Insgesamt werden 30 000 Arbeiter betroffen.

Der „Wiederaufbau“ der Unternehmer

Die süddeutschen Metallindustriellen begründen ihr Verlangen nach Einführung der 48-Stundenwoche bekanntlich mit der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. In Wirklichkeit handelt es sich aber um den Versuch, dem deutschen Proletariat auch die letzte Errungenschaft vom November 1918 zu nehmen. Rame es den Unternehmern wirklich auf die Gesundung der Wirtschaft an, wie können sie dann den Schaden, den sie mit der jetzt schon wochenlangen Aussperrung ihrer Arbeiter anrichten, verantworten. Seit 12 Wochen sind die süddeutschen Metallarbeiter ausgesperrt. Das macht 18 mal 48 Stunden. Also 864 Arbeitsstunden pro Arbeiter (!), bei über 100 000 Aussperrten, gehen durch den Herrenstandpunkt der Unternehmer der deutschen Wirtschaft verloren. Die zwei Stunden, die die Unternehmer ihren Arbeitern mehr an Arbeitszeit aufzwingen wollten, stehen zu diesem Schaden in gar keinem Verhältnis. Würde die Regierung wirklich die Allgemeininteressen wahrnehmen, sie mühte die süddeutschen Metallarbeiter mit allen Mitteln unterstützen.

Freilich, vom Standpunkte des Profitinteresses, der heute alle wirtschaftlichen Fragen beherrscht, verlieren die Metallindustriellen nicht allzuviel. Sie machen die Riesengewinne. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft, bekannt durch rücksichtsloses Vorgehen gegen die Arbeiter und Angestellten und noch mehr durch die unerhörten Kriegsgewinne, durch Staatskassenplünderungen, stellte in einer Aufsichtsratsitzung am 11. Mai (zur selben Zeit also, wo ihre Arbeiter brotlos auf der Straße lagen) folgende Gewinnrechnung für 1921 fest:

Das Geschäftsjahr 1921, zu dessen Anfang das Aktienkapital von 100 auf 200 Millionen erhöht worden ist, schließt mit einem Reingewinn von 22 570 810,17 Mark (im Vorjahre 5 653 353,45 Mk.). Zur Verteilung vorgeschlagen werden: 4 Prozent auf 4 Millionen Vorzugsaktien und 10 Prozent auf 196 Millionen Stammaktien. Auf neue Rechnung vorgetragen werden 682 206,07 Mark.

Das war zur Zeit der 46-Stundenwoche! Und um diese Riesengewinne noch mehr zu erhöhen, sollen die Arbeiter zwei Stunden wöchentlich mehr schuften. Die geschlossene Ablehnung dieses unerhörten Annehmens durch die Metallarbeiter ist nicht nur begreiflich, sondern unumgänglich.

Amerika lehnt ab

Genua, 16. Mai.

Der amerikanische Botschafter Child hat heute dem italienischen Minister Schanzer den Wortlaut einer Note der amerikanischen Regierung übermitteln, in der die Teilnahme der Ver Staaten an der Haager Konferenz abgelehnt wird, die nur eine Fortsetzung der Genuefer Konferenz sei. Einwas Erprellendes sei von der Haager Konferenz nicht zu erwarten.

London, 16. Mai.

Einer Reutersmeldung aus Genua zufolge hat die Weltbank über die Weigerung der Vereinigten Staaten, an der Haager Konferenz teilzunehmen, Enttäuschung und Ueberraschung hervorgebracht.

Frage- und Antwortspiel

Genua, 16. Mai.

Heute vormittag um 10.30 Uhr trat die Unterkommission der ersten Kommission unter dem Vorsitz von Facca zusammen, um der russischen Delegation die Beschlüsse der anderen in der Unterkommission vertretenen Mächte bekanntzugeben. Der Inhalt des gestern veröffentlichten Dokuments wurde verlesen. Darauf stellte Tschitscherin eine Reihe von Fragen über die verschiedenen Klauseln, um sich über ihre Tragweite Klarheit zu verschaffen. Er fragte u. a., warum Deutschland von der Sonderberichterstattung ausgenommen sei. Antwort: Weil Deutschland bereits einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat. Tschitscherin fragte ferner, wie es mit der so juristisch Anerkennung der Sowjetregierung stehe. Es wurde erwidert, dies sei Angelegenheit der einzelnen Regierungen, sobald die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen abgeschlossen seien. Tschitscherin fragte, warum der Haag als Versammlungsort für die Kommission gewählt worden sei. Antwort: Man sei bereit, andere Vorschläge entgegenzunehmen. Tschitscherin: Würden alle Mächte durch die Mehrheitsbeschlüsse gebunden sein? Antwort: Hierüber wird die Kommission zu entscheiden haben. Frage: Wird der Burgfriede nur während der Arbeit der geplanten Kommission dauern, oder bis die Grenzen endgültig festgelegt sind? Antwort: Diese Angelegenheit kann erörtert werden. Frage: Wird in Genua ein Schriftstück bezüglich des Burgfriedens oder ein Pakt abgeschlossen und unterzeichnet werden? Antwort: Ja. Tschitscherin kam sodann auf die Lage in Ostibirien zu sprechen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion zwischen Tschitscherin und Jihii, in die auch Lord George eingriff, indem er bemerkte, es wäre gut, wenn der Burgfriedenspakt bereits in der gegenwärtigen Sitzung zur Anwendung käme. Darauf sagte Tschitscherin, es seien 24 Stunden erforderlich, um der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, die Vorschläge sorgfältig zu prüfen. Sodann wurde die Sitzung der Unterkommission auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt.

Schluß am Freitag

Paris, 16. Mai.

Nach Ansicht der Sonderberichterstattung der Pariser Nachrichtenpresse dürfte die Sitzung, durch die die Genuefer Konferenz geschlossen werden soll, erst Ende der Woche stattfinden. Der „Petit Parisien“ spricht von Freitag oder Sonnabend.

Genua, 16. Mai.

Die Vertreter der einladenden Mächte besprachen heute nachmittag das Programm für die letzten Tage der Konferenz. Ein Tag für die Plenarsitzung ist noch nicht festgesetzt. Die Hughes-Note ist noch nicht besprochen. Die Konferenztreue glauben, es werde eine Antwort erfolgen, da der Schluß der Antwort von Hughes für eine Fortsetzung des Meinungsaustausches die Tür offen lasse.

Die „Einigkeit“ gegen Rußland

Paris, 16. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus Genua ist die französische Delegation, um die Einheit der Mächte gegenüber Rußland zum Ausdruck zu bringen, ermächtigt worden, heute der Sitzung der Unterkommission, in der den Vertretern der Moskauer Regierung die Antwort auf ihr Memorandum überreicht werden soll, beizuwohnen.

Keine Antwort auf Rußlands Protest

(CP.) Genua, 16. Mai.

Die einladenden Mächte haben heute nachmittag beschlossen, auf jede polemische Erwiderung und Widerlegung der russischen Antwort zu verzichten, nachdem Frankreich und Belgien sich im politischen Unterausschuss gewelert haben, eine Erwiderung zu unterzeichnen. Statt einer ausführlichen Antwort beschränkten sich die Mächte darauf, den Russen das Protokoll mit den in der Villa Alberti gefaßten Beschlüssen und Vereinbarungen zuzustellen, die heute von den übrigen Mitgliedern des politischen Ausschusses angenommen worden sind. Tschitscherin wurde bei der Uebergabe nochmals bemerkt, daß das Verbot von Sonderabkommen sich nicht gegen die russische Souveränität richte.

Die Bolschewisten gegen den Kommunismus

Moskau, 15. Mai.

Der Rätekonferenz trat heute unter dem Vorsitz Ramins zusammen. Von den 225 Mitgliedern sind noch nicht alle anwesend. Die Verweigerung des Agrargesetzes an einen Ausschuß wurde nach kurzer Berichterstattung genehmigt. Das Gesetz enthält die wesentlichen Gedanken der Agrarreform Stalopins. Er erkennt das unbedingte Eigentumsrecht für beruflich bewährte Ackerbauer an.

Deutschland zahlt

Paris, 16. Mai.

Die Reparationskommission teilt mit, hat die deutsche Regierung gestern bei der vor dem Garantieausschuß bestimmten Bank eine Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark geleistet.

Krise in Sachsen

Im sächsischen Landtage hatten die bürgerlichen Parteien, denen die gesetzgeberischen Arbeiten der sozialistischen Regierung immer mehr auf die Nadel brennen, Anordnung von Neuwahlen beantragt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Darauf forderten sie in einem weiteren Antrag, durch Volksbegehren über die Auflösung des Landtags entscheiden zu lassen. Auch dieser Antrag wurde von der sozialistischen Mehrheit abgelehnt. Zuletzt wandten sie sich mit einem Antrag, den Auflösungsentcheid durch Volksbegehren herbeizuführen, an die Regierung. Die Regierung hat diesem Antrage stattgegeben. Aus Sachsen wird uns zu der jetzt vorliegenden Situation geschrieben:

Die bürgerlichen Sachsen haben in dieser Woche eine Partie ihres Spiels um die Macht verloren; ihr Antrag, den Landtag aufzulösen, ist von dieser Körperschaft selbst mit Mehrheit abgelehnt worden. Das konnte erwartet werden, nachdem die drei proletarischen Parteien in gemeinsamer Beratung beschlossen hatten, sich die Gesetze des Landtags nicht vom Bürgertum vorschreiben zu lassen. Auch die Kommunisten haben sich an die gemeinsam von den anderen beiden proletarischen Parteien aufgestellte Marschroute gehalten, so daß also eine Ueberraschung nicht zu erwarten ist. Die bürgerlichen sind um eine Enttäuschung reicher, aber sie haben sich in ihrem Kampf gegen die Mehrheit des Landtages und die Regierung schon so viele Niederlagen geholt, daß auch die neueste durchaus nichts Ungewöhnliches mehr darstellt. Ihre Aktion außerhalb des Parlamentes, nämlich durch Volksbegehren und Volksentscheid ans Ziel ihrer Wünsche zu gelangen, kann also ihren Fortgang nehmen, und da ihnen dabei selber einigermassen unwohl wird, wenn sie an den Ausgang ihres pompösen eingeleiteten, aber bisher weniger frapierend durchgeführten Vorstoßes denken, so hat unsere Partei keinen Anlaß, die fähle Abwehrentschlossenheit aufzugeben, die von Anfang der gegenwärtigen Regierung an gegenüber den bürgerlichen das Gegebene war.

Soweit demnach die kapitalistischen Parteien in Betracht kommen, ist die Lage klar und deren Verhalten kann nur der Klarheit dienen. Es ist kein prinzipieller Unterschied zwischen den sogenannten Demokraten und den Deutschnationalen. Die ganze bürgerliche Gesellschaft hat sich vereinigt und treibt mit den Begriffen von Demokratie und Volksfreiheit ebenso demagogisch wie durchsichtig Spott. Im Namen der Demokratie möchten die Demokraten die sozialistische Regierung, die sich auf die Mehrheit des Landtages stützt, zugunsten der Kleinen und noch besser der „großen“ Koalition beseitigen, und wenn man die Dosis Heuchelei nicht rechnet, die sie dabei zur Anwendung bringen, ist zwischen ihrem Verlangen und dem der Deutschnationalen auch nicht der mindeste Unterschied sichtbar. In den jüngsten Verhandlungen des Landtags stimmten die bürgerlichen Parteien wie immer geschlossen — eine anschauliche Illustration zu der Auffassung mancher „Sozialisten“ — mit den Demokraten oder gar mit den deutschen Volksparteilern, eine Gemeinschaft einzugehen; eine Volksgemeinschaft, wie sie vom Bürgertum ersehnt wird.

Im Namen der Demokratie bliesen vor allem auch die Deutschnationalen das Streithorn. Und auch sie — ja sie vor allem — sorgten für den nötigen Anschauungsunterricht, auf daß das Volk wisse, was es von ihnen zu erwarten hat. In verbissener Wut öffnete der deutschnationale Sprecher in der Hitze des Wortgefechts die geheimen Falten seines reaktionären Busens, und was dabei sichtbar wurde, ist recht geeignet, der sozialistischen Aufklärung im Lande zu dienen. Der deutschnationale Redner erklärte unter dem Beifallsjubel seiner Freunde, wie bedauerlich und verwerflich der Systemwechsel des 9. November 1918 gewesen sei, bedauerlich vor allem, daß er sich ohne wesentlichen Widerstand vollzogen habe! Wenn es nach ihm gegangen wäre, so wäre die Monarchie mit allen Mitteln verteidigt worden, er hätte am 9. November schießen lassen!

Und trotz allem, es lebe die Demokratie! Wahrlich, es ist eine köstliche Komödie, die die geborenen Verächter jeglicher Volksfreiheit aufführen. Das Wort Demokratie nimmt sich gut aus im Munde von Teuten, die sich als Massenschlächter oserrieren. Aber wir können ihnen wenigstens für ihre Offenherzigkeit danken. Es gibt leider auch sehr viele in der Arbeiterschaft, die nach dem bekannten Wort ein sehr kurzes Gedärm haben. Sie vergessen, daß dieselben Herrschaften, die

Jetzt über angebliche Verletzung von Volksrechten klagen, eine jahrzehntelange Unterdrückungspraxis ausüben, daß sie z. B. in Sachsen noch im Jahre 1917 gegen das gleiche Wahlrecht stimmten. Alles zu Ehren der Demokratie! Von denselben Leuten etwas für die Zukunft erhoffen, dazu gehört eine so große Portion Dummheit, wie sie in dem ind. striellen Sachsen nicht gut vorausgesehen werden kann.

Die Situation ist also nach dieser Richtung hin völlig klar — wenigstens für unsere Partei. Nicht in demselben Maße freilich für die Rechtssozialisten. Es ist bezeichnend, daß sie in der politischen Aussprache im Landtag einen vorsichtigen, der am meisten bekannt ist wegen seiner Neigung für eine Koalition mit dem Bürgertum, den Landtagspräsidenten Fräßdorf. Und er brachte denn auch zum Ausdruck, daß der Ausschluß eines großen bürgerlichen Minderheiten aus der Regierung auf die Dauer nicht empfehlenswert sei. Er machte aus seiner Schwärmerei für die Koalitionspolitik mit bürgerlichen kein Hehl. Und dies trotz der bürgerlichen Agitation, trotz den bürgerlichen Reden. Zum Glück konnte die Auffassung Fräßdorfs bisher in Sachsen zurückgedrängt werden. Sie spricht allzu offenkundig den proletarischen Notwendigkeiten Hohn. Aber wie das Braunschweiger Beispiel zeigt, würde sie sich bei einer nur einigermaßen ihr günstigen Situation sofort wieder aggressiv hervorwagen. Dies zeigt die jüngsten Landtagsversammlungen und insofern sind sie sehr bemerkenswert.

Sie sind es auch, soweit die Kommunisten in Betracht kommen. Als äußeres Zeichen der Unselbständigkeit selbst kommunistischer Parlamentarier verdient die Tatsache Erwähnung, daß die kommunistische Zentrale den „großen“ Reden nach Dresden beordert hatte, der von der Tribüne des Landtags aus die parlamentarischen Puppen der SPD, dirigierte. Das Konzept, das er dem kommunistischen Redner geliefert hatte, war freilich recht abgebraucht. Die sozialistische Regierung Sachsens sei eine bürgerliche (!) Klassenregierung, so ließ die SPD, unter der Heiterkeit des Hauses verkünden. Kampf gegen die Regierung, wenn sie uns nicht zu willigen ist, wenn sie nicht unsere Forderungen annimmt! Es war also eine „gute“, alte Agitationsmaxime dem kommunistischen Redner aufgelegt worden. Die kommunistischen Forderungen sind zum Teil akzeptabel, zum Teil sind sie aber auch von einem Einzelmann wie Sachsen nicht durchzuführen, so z. B. wenn die Beseitigung der technischen Notstände verlangt wird, die dem Reichsministerium untersteht. Die Kommunisten wollen sich bei der Etablierung endgültig entscheiden. Vorläufig wollten sie den Bürgerlichen nicht helfen, die Regierung zu stützen. Die Landtagsversammlungen sind also insofern bemerkenswert, als sie zeigen, daß die Krise nur vertagt ist.

Wir haben Landtagswahlen in Sachsen nicht zu scheuen. Die sozialistischen Chancen sind zurzeit viel günstiger als bei der vergangenen Landtagswahl. Notwendig ist jetzt vor allem die Sicherung wichtiger gesellschaftlicher Arbeiten, die den Fortschritt erst ermöglichen. Wenn es dann zu Neuwahlen kommt, dürfte sowohl das Bürgertum zurückgedrängt werden, als auch die Kommunisten, die gegenwärtig eine Bedeutung haben, von der sie leider nicht immer guten Gebrauch im Interesse des Fortschritts zu machen wissen. Im Landtag wurden gewissermaßen die Weichen auf die Zukunft aufgestellt. Wenn die Zeit gekommen sein wird, da sie von der Arbeiterschaft geprüft werden, braucht uns um die Entscheidung nicht bange zu sein.

Hermes in Paris

Seit einigen Tagen weilt der deutsche Finanzminister Hermes in Paris, um über Reparationsfragen zu verhandeln. Es handelt sich vor allem um die in der Note vom 21. März von der Reparationskommission beanspruchten Zahlungen. Hermes will der Kommission die Unmöglichkeit der verlangten 60 Milliarden neuer Steuern beweisen und darüber hinaus auch der Finanzkontrolle über Deutschland. Die „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß Dr. Hermes den Alliierten folgende Vorschläge machen wird: 1. Anstatt 60 Milliarden neue Steuern zu erheben, verpflichtet sich Deutschland, eine innere Anleihe für den gleichen Betrag aufzunehmen. 2. Was die äußere Anleihe anbelangt, erklärt Dr. Hermes, daß diese Frage des Komitees Morgan angehe. 3. Deutschland verpflichtet sich, alles mögliche aufzubringen, um die Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern. Bestimmte Maßnahmen dazu sollen in einigen Tagen der Reparationskommission unterbreitet werden. 4. Die deutsche Regierung wird vor dem 31. Mai die nötigen gesetzlichen Maßnahmen ergreifen, um die Autonomie der Reichsbank zu sichern. 5. Deutschland wird die wirtschaftliche und finanzielle Statistik so weit als möglich in der Form und dem gleichen Umfange wie vor dem Kriege wieder aufnehmen. 6. In der Frage der Finanzkontrolle weicht Dr. Hermes einwände, weil die Regierung die öffentliche Meinung in Deutschland fürchtet. Der „Matin“ schreibt, daß Dr. Hermes die Finanzkontrolle nur mit gewissen Abänderungen annehmen werde.

Nach dem „E. P.“ glaubt man in politischen Kreisen, daß, wenn Dr. Hermes in seinen Besprechungen bestrebige Vorschläge macht, die Reparationskommission sich bereit erklären wird, diese in offizieller Weise entgegenzunehmen.

Von der Zwangsanleihe

Wie die „L. U.“ mediet, soll die Zwangsanleihe nach folgenden Gesichtspunkten durchgeführt werden: Die Grenze für die Steuerfreiheit soll 100 000 Mark betragen (vorgeesehen waren 250 000 Mark). Die Grenze der Höchstbelastung mit 10 Prozent ist mit 1 Million Mark angesetzt (ursprünglich 20 Millionen). Die „L. U.“ hat Furcht, daß die neuen Steuererträge der Regierung mehr einbringen könnten, als vorgeesehen ist (1 Goldmilliarde). Wenn es sich um Besteuerung der Arbeiter und Angestellten handelt, ist bekanntlich keinerlei Befürchtung vorhanden.

Warten wir ab. In einer Funktionärversammlung der Rechtssozialisten in Königsberg wurde mitgeteilt, daß der Reichspräsident Ebert zu Wingen eine allgemeine Amnestie erlassen wird.

Zentralausschuß der R. P. D.

Im Kampfe um die Einheitsfront sind uns neue Fragen gestellt: Wir bekämpfen die in dieser neuen Situation die Sozialdemokraten und Unabhängigen

Delegierter Klaus auf dem 3. K. der SPD.

Das war das Grundthema aller Referate und Debatten auf dem kommunistischen Zentralausschuß am Sonntag. Es beherrschte die Gewerkschaftsfrage die „Taktik (I) der Einheitsfront“, es beherrschte die ganze SPD. Für diese Klassenkämpfer existiert anscheinend kein Unternehmertum, keine Bourgeoisie, sie kennen alle nur einen Feind: USP, und SPD! Der „Erfolg“ dieser Sorte von Klassenkampf kann nur der sein, immer weiteren Schichten von Arbeitern und Angestellten den politischen und gewerkschaftlichen Kampf zu vereiteln, „Erfolge“ wie wir sie bei den Wahlen der Berliner Metallarbeiter und anderswo allezeit bedauern.

Trotz der eigenartigen Verkündung der „Roten Fahne“, daß die SPD „innerlich gefestigt“ dastehet, läßt sich doch zwischen den Zeilen des frischen Berichtes unschwer erkennen, daß scharfe Gegensätze vorhanden sind. Wir erwähnen nur, daß sich Redner gegen die sog. „revolutionäre Linien“ in den Gewerkschaften wandten und das Welchersich mit scharfen Worten gegen die Parole der Zerstückung der Gewerkschaften verwahrte: Es ist nicht wahr, daß Massenflucht aus den Gewerkschaften stattfindet. Generalkräte für die süddeutschen Metallarbeiter sei unsinnig. Die Zerstückung der Gewerkschaftsarbeit der SPD, drohe von Seiten der Union. Sie haben Falsch in der Partei usw. dieselben Freunde der SPD, mit der sie durch die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ eng verbunden ist und die sie selbst groß gegogen hat, ihr Kind, die Bergarbeiter-Union fecht sich also gegen den eigenen Vater.

Die sog. „Taktik der Einheitsfront“ nahm den Hauptteil der Verhandlungszeit ein. Was da zu Tage gefördert wurde, ist so handbühnen, ja geradezu gemeingefährlich für die Arbeiterklasse, daß wir einige Blüten mitteilen wollen:

Kap: „Auch in der Kommunalpolitik hat die Einheitsfront verhängend (!) gewirkt, z. B. haben in Fürth die gemeinsame Wählerversammlungen mit USP, und SPD, stattgefunden.“

Das also ist verwöhnt!

Clara Zetkin: „Wir haben das erreicht, was wir wollten: vor der gesamten Arbeiterschaft die Herrn der 2. und 3. Internationale zu demaskieren.“ (!)

Und schließlich aus der angenommenen Resolution zur „Taktik der Einheitsfront“:

Sowjetrußland ist gezwungen, „in schärfer Weise“ jeden Versuch zurückzuweisen, politische Bewegungsfreiheit zu gewähren für das Kleinbürgertum und für die Bourgeoisie, die sich zu organisieren beginnt. Es muß ebenfalls die Revolution bekämpfen, die in der Übergangszeit jeden Anlaß ausnützen, um Zerstückung in die revolutionären Massen Rußlands zu tragen.“ Ebenso muß die Partei der Sozialrevolutionäre bekämpft werden, „die den offenen Feinden der russischen Revolution beifpringen.“ — Das alles wird von Leuten gesagt, die offiziell mit Poincaré verhandeln, mit dem König von Italien dültern und dem Feinde der gesamten Arbeiterklasse, dem internationalen Kapital, große Ingestandnisse machen. Einheitsfront, wie sie die Kommunisten verstehen!

Das Stanzstück der Tagung ist aber die neue Parole der sog. Arbeiterkomitees. Das ist so etwas wie eine Neuanfrischung der politischen Arbeiterräte. Um den „Vorwärt“ soll sich die sog. „Nachhut“ organisatorisch gegen die „verräterischen Führer“ sammeln.

Und der Zweck dieser ganzen Rechnung? Allein hat es offen gesagt und die angenommene Resolution bekräftigt es noch einmal: Die einheitliche Zusammenfassung der proletarischen Streitkräfte „in die Vorstufe des Angriffskampfes für die Diktatur der Arbeiterklasse für die Rätegewalt und die Ziele des Kommunismus“.

Wir können nach alledem den „berufenen Führern“ der Arbeiterklasse“ nur raten, ihre Zeit mit nützlicheren Dingen auszufüllen, anstatt mit Schammschlagerien, revolutionären Phrasen und Tüfteleien über Arbeiterkomitees und dergl. mehr. Es würde ihnen und besonders den Interessen der Arbeiterklasse mehr gebüht sein.

Frankreichs Budget

Paris, 16. Mai

Der Finanzminister hat den Haushaltsentwurf für 1923 in der Kammer verlesen lassen. Das Budget sieht Ausgaben in Höhe von 23 180 Millionen, dagegen nur 18 000 Millionen ordentliche und 1225 Millionen außerordentliche Einnahmen vor, so daß ein Fehlbetrag von 2000 Millionen entsteht, der durch Anleihe gedeckt werden soll. Der Fehlbetrag rührt, wie das Exposé des Ministers angibt, abgesehen von einer verhältnismäßig geringen Summe, von dem Defizit des Sonderbudgets der von Deutschland zu erhaltenden Ausgaben her. Verglichen mit dem Haushalt für 1922 sind Minderausgaben in Höhe von 1568 Millionen vorgeesehen, die bis zur Höhe von 1221 Millionen durch die Aufstellung eines Sonderbudgets der autonomisierten Post- und Telegraphenverwaltung erklärt werden. Andererseits betragen die vorgesehene Mindereinnahmen im Vergleich zu 1922 4005 Millionen.

Die Abkehr vom nationalen Block

Paris, 16. Mai

Heute Nacht 11 Uhr veröffentlichte die Hobas-Agentur folgende Statistik über das Ergebnis der 1489 Generalratswahlen: Konserbative und Aktion Liberale 143, Progressivistische und Einheitsrepublikaner 385, Sozialistische, Radikale, Radikale und Sozialistische Republikaner 330, Unabhängige Sozialisten und Vereinigte Sozialisten 52, Kommunisten 17, Stichwahlen 151. Ein Satz ist zweifelhaft. Die Gewinne und Verluste sind wie folgt: Konserbative und Aktion Liberale: 9 Gewinne, 14 Verluste, Progressivistische Republikaner und Einheitsrepublikaner 28 Gewinne und 30 Verluste, Radikale, Sozialistische Radikale und Sozialistische Republikaner 23 Gewinne und 25 Verluste, Unabhängige Sozialisten und Vereinigte Sozialisten 10 Gewinne, 4 Verluste, Kommunisten 7 Gewinne, 1 Verlust.

(Intel.) Paris, 16. Mai

Das Ergebnis der Generalratswahlen ist ein bemerkenswertes Symptom für die Abkehr der französischen Volksmassen von der Politik Poincarés und des Bloc National, dessen Bedeutung nach dadurch erhöht wird, daß die Wahlen zeitlich mit dem „Triumph“

der französischen Politik in Genoa zusammenfielen. Die Presse des Nationalblocks sucht natürlich die Bedeutung der Wahlergebnisse, die übrigens durch die Stichwahlen noch eine Korrektur zugunsten der Linksparteien erfahren dürften, herabzusetzen. Sie bemüht sich den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Wahlen keinerlei Veränderungen in der Politik des Landes herbeiführen können. Immerhin kann sie ihre Berärgerung über das Wahlergebnis nicht verhehlen und sie beklagt sich über die „zügellose Propaganda“ der radikalen Parteien. Im Gegensatz dazu kommentiert die Linkspresse das Wahlergebnis mit größter Genugtuung. „Frankreich hat einen Kurs nach links gemacht“, schreibt „Le Releve“. Das „Journal du Peuple“ erklärt, bei jeder neuen Wahl lasse sich ein immer breiterer Zug gegen den Bloc National erkennen. „Humanité“ weist auf die große Anzahl von Stimmen hin, welche die Reiterer vom Schwarzen Meer erhalten haben. Dies sei die Antwort des französischen Volkes auf die jüngste „Ameslie“ Poincarés. Das „Blatt“ erklärt die Wahlen für einen Sieg der Kommunisten. „Populaire“ schreibt, es zeige sich, daß die Herrschaft des Bloc National bereits erschüttert sei. Der Wähler der Linken wäre noch größer geworden, wenn nicht die Kommunisten in Kreisen, wo sie von vornherein keine Erfolgsaussichten hatten, besondere Kandidatenlisten aufgestellt hätten.

Die Generalräte in Frankreich haben etwa die Bedeutung der preussischen Provinziallandtage. Sie wählen aber auch die Mitglieder des Senats. Bei den letzten Kammerwahlen im Herbst 1919 war die Mehrheit der Linken gesprengt worden. Die diesmaligen Wahlen sind allerdings durchaus nicht mit den allgemeinen Kammerwahlen zu vergleichen. Die Wahlpropaganda trägt dabei mehr lokalen Charakter. Nichtsdestoweniger sind die Wahlergebnisse symptomatisch für den Stimmungsumschwung. Nicht nur, daß der Kommunistenstreich, der bei den Kammerwahlen 1919 eine so große Rolle spielte, seine Wirkung eingebüßt hat, auch die Politik Poincarés erfährt in immer weiteren Schichten der Bevölkerung Widerspruch.

Abbruch des deutsch-polnischen Vertrages

Nach drei Monaten Verhandlung ist nunmehr in Genf der Vertrag zwischen Polen und Deutschland über die Teilung Oberschlesiens unterzeichnet worden. Der Vertrag enthält nicht weniger als 606 Artikel. Besonderer Erwähnung wert ist die Einführung direkter Schiedsgerichte von Staat zu Staat, vor allem in der Frage des Minderheitenschutzes. Die Frage der Liquidation ist so geregelt, daß für die Übergangszeit (15 Jahre) das Liquidationsrecht für die Polen ausgeübt ist. Der Enteignung unterliegen alsdann alle Betriebe, die mehr als 500 Arbeiter beschäftigen, sowie alle Neuprodukte fördernden und bearbeitenden Industrien. Außerdem kann Polen urdeutschen Grundbesitz enteignen.

Man sieht, Polen kann mit der Lösung der Liquidationsfrage durchaus zufrieden sein. — Es sieht nach alledem eine neue nationalpolitische Hege des sog. Selbstschutzes, der durch den Vertrag neues Wasser auf die Mühlen bekommt, zu befürchten. Auch der „Vorwärt“ sieht diese Gefahr und fordert, „das Vordrängen mit eigenem Besen auszurotten“. — Ob seine Ministergenossen danach handeln werden, ist auch nach den bisherigen nationalpolitischen Oberbühnenhandlungen der SPD mit allen bürgerlichen Parteien sehr zu bezweifeln.

Genf, 16. Mai

Das gestern unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen war heute Gegenstand einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Völkerbundsrat beschließt, daß die den Minderheitenschutz betreffenden Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien mit Beginn ihres Inkrafttretens, wie es der Vertrag vorsieht, der Garantie des Völkerbundes unterstellt werden, vorbehaltlich ihrer Prüfung in der nächsten Tagung des Rates.“

Einigungspropaganda in Moskau

Genosse Martow schreibt uns:

Sobden bekommen wir einen Bericht von unserem Zentralkomitee aus Moskau, in dem es unter anderem heißt: „Am 1. Mai lesen wir auf den Bahnen, die von der kommunistischen Partei Rußlands in der Provinz getragen wurden, neben anderen auch folgende Inschriften: „Tod den Mördern von Irkysk und Polodarsky, von Liebknecht und Luxemburg!“ „Tod der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten!“

Fahren mit solchen Inschriften weichen auch über den Automobilen, in welchen Kinder nach dem Demonstrationstort geführt wurden.

Der auch von den Vertretern der SPD, mituntergeleitete Beschlus der Berliner Konferenz hat den Tag des 1. Mai einer Demonstration des Weltproletariats für seine Einigung geweiht. Indem die Bolschewisten in Moskau an diesem Tage für den Mord der Sozialisten demonstrieren, haben sie ihre Vertreter in Berlin desanoniert. Ich frage Genossin Klara Zetkin, die mit ihrer Unterwürigkeit öffentlich das Ehrenwort gegeben hat, am 1. Mai auch in Moskau für die Einigung des Proletariats zu demonstrieren, ob sie diesen Treubruch rechtfertigen will?

Wahlerfolg der Sozialisten

Bei den Wahlen, die am Sonntag in St. Pölten, der Kreisstadt von Niederösterreich stattfanden, errangen die Sozialdemokraten, wie schon vor einigen Wochen in Salzburg, einen Wahlerfolg. Sie gewannen gegenüber den Wahlen von 1920 zwei Mandate und über 1920 Stimmen, hauptsächlich auf Kosten der Großdeutschen.

In Sowjetrußland. Nach einer Verordnung des Rates der Volkskommissare ist das Minimum des monatlichen Arbeitslohnens der staatlichen Arbeiter und Angestellten (Beamten) auf 15 400 000 Rubel — das sind etwa 60—70 Goldmark — festgesetzt worden.

Hunderttausend Rubel für eine Zeitung. Am 10. Mai kostete ein Exemplar einer Petersburger Zeitung 100 000 Rubel. Attentat auf den polnischen Konsul in Charkow. Auf den polnischen Generalkonsul Horvot in Charkow wurde ein Attentat verübt. Ein Unbekannter hatte auf den Konsul einige Schüsse abgegeben. Der Generalkonsul ist unverletzt geblieben. Der Attentäter ist verschwunden. Die polnische Regierung hat bei der ukrainischen Sowjetregierung einen ernstlichen Protest erhoben und verlangt Garantien für den Schutz der polnischen Vertreter.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 16. Mai.

Nach Erledigung einiger Anfragen wird der Bescheid über die Änderung des Vereinsgesetzes ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Fortsetzung der Beratung des Reichspostgesetzes.

Abg. Bruns (Dtn.): Nicht der Krieg hat die letzten Jahre geschaffen, sondern die Revolution hat den Niedergang des Postwesens herbeigeführt. Die Qualität ist durch die Quantität ersetzt worden. Die jetzige 48-Stundenwoche ist eben keine 48-Stundenwoche. Sonst ist in der Urlaubszeit der Betrieb mit den vorhandenen Kräften durchgeführt worden, jetzt sollen für die Urlaubszeit 28 000 Adressen neu geschaffen werden. Die Wirtschaftlichkeit der Post endlich aufheben.

Abg. Seppel (SPD): Die Ausschäftsbeamten schikanieren die Beamten auf das unglaubliche. Auf Verlangen der männlichen Beamten hat in Breslau ein Amtsvorsteher eine Verordnung erlassen, in der die weiblichen Angestellten aufgefordert werden, ihre Kleidung „mit Rücksicht auf die männlichen Angestellten möglichst unauffällig zu halten, eine nicht zu kurze Rockform zu benutzen, verfallende Einfäße zu gebrauchen, und wo die Verlängerung der Kleider nach unten und oben nicht möglich ist, schwarze Kleiderschürzen zu tragen“ (Heiterkeit). Dazu gebraucht die Republik ihre Beamten! Auf die Verhärter über eine Beamtin, die den Reichspostbeamten einen Trunkenbold genannt hatte, wurde vom Ministerium ein Antwortschreiben, das diese Keuschung „war unangemessen, aber in einer Form gebraucht wäre, die nicht als Beleidigung aufzufassen sei“. Das Telefon wird von den monarchistischen Beamten zur Propaganda ihrer Parteieliste benutzt. Wenn das so weiter gehen soll, werden mir alle sozialdemokratischen Beamten anfordern, auch für ihre Parteieliste den Vernsprecher zu benutzen.

Abg. Birkhoff (NSDAP)

kritisiert den engherzigen bürokratischen Geist in der Postverwaltung. Wir müssen verlangen, daß die Reichsvereinsverwaltungen die Anregungen, die vom Reichstag an die Verwaltung gegeben werden, auch befolgen. Eine große Verkehrsreform ist notwendig. Sie kann aber nur eingeführt werden, wenn der Geist in der Post ein anderer wird. Gegen die reaktionären Beamten, die ihre Parteieliste auch im Dienst befolgen, wird nicht vorgegangen, während man die sozialistischen Beamten aufs härteste verfolgt. Die Regierung hat jetzt zwar Prüfung zugefagt in den Köpfen der Beamten, die wegen ihrer politischen Betätigung bestraft worden sind. Vom Ministerium aus müssen aber direkte Prüfungen und Verhandlungen vorgenommen werden, das endgültige Urteil darf sich nicht auf die von den Amtsvorstehern und Vorgesetzten abgefassten Akten stützen. Wir weisen an der Unparteilichkeit der Beamten, denen die endgültige Entscheidung obliegt. Wir zweifeln nicht an ihrer guten Absicht, aber diese gute Absicht muß scheitern an dem Unvermögen der Beamten. Die Verteidigung der Angeklagten wird fast gar nicht berücksichtigt. Das ganze System ist gehalten in dem Gedanken der Intransigenz, in dem militärischen Gedanken der Unterordnung. Über der Selbstbestimmung wird keine Rücksicht getragen. Die unteren Beamten sind nicht dazu da, immer nur die Befehle von oben auszuführen; auch ihre Meinung muß endlich einmal gehört werden. Ein freier Geist muß auch in die Reichspost einziehen, die ein großes Glied der Volkswirtschaft darstellt.

Wir begrüßen das Bestreben der Reichspostverwaltung, die Verbindung mit dem Ausland

wiederherzustellen, fordern aber vor allem eine durchgreifende Verbindung mit Sowjetrußland. Auch wir bedauern, daß das besetzte rheinische Gebiet durch das wirtschaftliche Diktat der Kapitalisten und Imperialisten der Entente nicht in das große Netz der Flugpostverbindung einbezogen werden kann.

In der Gruppe II, also in der fast höchsten Gruppe, sind bei der Reichspost 1181 Beamte mehr eingestellt als bei der Eisenbahn. Das berührt um so merkwürdiger, als die Eisenbahn doch viel mehr Personal beschäftigt als die Post. Ein großer Teil dieser Beamten ist schon über 55 Jahre alt. Ich frage die Regierung, ob diese Beamten auch weiterhin beschäftigt werden sollen. Trotz des Ueberflusses an höheren Beamten werden immer noch neue eingestellt. Hauptächlich bevorzugt man ehemalige Militärs. Allen neuzeitlichen Bestrebungen der Beamtenräte wird von der Verwaltung nicht Rechnung getragen und wenn, dann nur widerwillig.

Die Beamtenräte bei der Post werden kaum anerkannt. Es sieht zu befürchten, daß bei der mangelnden Initiative der Reichspostverwaltung die Verhandlungen im Interesse der Beamten in der Gruppe 6 zu keinem positiven Ende gebracht werden. Diese Langsamkeit und die mangelnde Entschlußkraft der Verwaltung ruft den berechtigten Mitleid der mittleren Beamtenschaft hervor. Der Beamtenrat hat

die neue Personalreform im Reichspostministerium abgelehnt. Wir müssen eine durchgreifende, die mittleren und unteren Beamten berücksichtigende Reform fordern. Nicht die Prüfungen entscheiden über die Tüchtigkeit eines Menschen im Beruf, die Reichspostverwaltung sollte mehr Wert auf die praktische Befähigung ihrer Beamten als auf die Prüfungsergebnisse legen. Ueberall, wo bei den höheren Beamten ein freierer Geist herrscht, kommen die Beamtenträgungen reibungslos mit ihnen aus, und es wird eine Verständigung mit den Amtsvorstehern bald erzielt.

Der Abg. Bruns hat behauptet, daß vor dem Kriege bei den Postbeamten große Zufriedenheit geherrscht habe. Das war niemals der Fall. Die großen Ersparnisse, die damals bei der Post erzielt wurden, sind nur auf Kosten der unteren Beamten gemacht worden. Bloß weil die Bezahlung so ungenügend war, ist bei den Beamten das schon so oft geschilderte Zweifelhafte entstanden. Der Gesetzentwurf über die Beamtenträgungen und der neue Erlaß des Reichspostministers über die Beamtenträgungen kennzeichnen so recht den reaktionären Geist der Verwaltung. Das Mitbestimmungsrecht wird den Beamtenträgungen vollkommen abgeschnitten. Die Beamten wünschen nicht Wohlwollen, sie wollen Gerechtigkeit! Sie wollen mitbestimmen, sie dürfen keine einseitige Kontrolle. Die Beamtenschaft ist unter keinen Umständen gewillt, das neue Gesetz in dieser Fassung anzunehmen. Im ganzen deutschen Reich herrscht der größte Unwille über diesen Gesetzentwurf und den Erlaß des Reichspostministers.

Nun ein Wort zu den Beamtinnen, die unehelichen Mütter geworden sind: Man kann den Frauen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie ihrer natürlichen Bestimmung als Mutter genügen wollen. Der Krieg hat Millionen Männer verschlungen, so daß nicht alle Frauen eine Ehe eingehen können. Im Artikel 119 der Reichsverfassung ist den Frauen auch die Berechtigung zur unehelichen Mutterschaft zuerkannt. Es ist sehr schade, wenn diese Frauen das große Opfer auf sich nehmen, neben ihrem Beruf noch ein Kind zu erziehen. Wer den anstrengenden Dienst auf den Post- und Telegraphenämtern kennt, weiß, wie die Frauen unter ihm leiden. Wir haben deshalb gefordert, daß bei regelmäßig schweren geistigen und körperlichen Arbeiten oder bei besonders anstrengendem und verantwortungsvollem Dienst ein Ausgeld durch entsprechende Verklärung des Nachbentages herbeigeführt wird. Wir protestieren da-

Die Auslieferungsschmach vor dem preußischen Landtag

Sitzung vom Dienstag, 16. Mai 1922.

Der Landtag tritt in die Beratung des kommunistischen Antrages wegen der Auslieferung des Italiensers Soldrini ein, der im Verdacht stehen soll, an einem Bombenattentat beteiligt zu sein. Der Antrag fordert die Nichtauslieferung zweier weiterer Italiener und Rückzahlung der Festhaltung und Auslieferung Soldrini.

Der Antrag wird bearbeitet vom Abg. Dr. Meyer-Dreppeln (SPD), der sich scharf gegen das preußische Ministerium des Innern wendet. Von den Ausländern, die sich in Deutschland aufhalten, haben besonders die Linksgewaltigen unerträgliche politische Schikanen zu ertragen. Monarchistische Mörder erfreuen sich des Schutzes der reaktionären deutschen Behörden.

Abg. Dr. Reagenborn (Dtn.) betont, daß das Attentat im Mailänder Theater 30 Tote gefordert habe. Es handle sich also um ein gemeines Verbrechen. Die Behörden haben sich in der Auslieferungsanfrage korrekt benommen.

Abg. Seilmann (SPD) verliest eine kurze Erklärung seiner Fraktion, in der zum Ausdruck kommt, daß die Frage des Antrages schliesslich einer Neuregelung bedarf. (Zwischenruf links: **Ne! das alles!**)

Abg. Leid (NSDAP):

Selbst bürgerliche Blätter, z. B. das Berliner Tageblatt, fordern die bestmögliche Revision des Antrages durch das hierfür zuständige Reich. Bezüglich der Attentate überhaupt halten wir an unserer Auffassung fest, daß Methoden des politischen Kampfes abgelehnt werden müssen. Die Anwendung solcher Kampfmittel in den romanischen Ländern entspricht den dort bestehenden Verhältnissen. Trotzdem billigen wir die Auslieferung Soldrini nicht. Ehe der italienische Antrag auf Auslieferung bei der deutschen Regierung eintrifft, war die im Vertrag vorgesehene Frist bereits abgelaufen. Die Bereitwilligkeit der deutschen und preussischen Behörden ist sehr verdächtig. Sie entspricht dem reaktionären Kurs, der in Deutschland herrscht. Wir fordern, daß endlich einmal die deutsche Regierung dazu kommt, den politischen Verfolgten ein wirkliches Asylrecht zu gewähren. Dem kommunistischen Antrag stimmen wir zu.

Minister des Innern Seegering verliest eine kurze Erklärung, durch welche das Verhalten der Regierung gerechtfertigt werden soll.

Abg. Scholem (SPD) wendet sich in äußerst scharfer Weise namentlich gegen den Reichsjustizminister Radbruch.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag der Kommunisten wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Nunmehr wird die abgebrochene Beratung des Berggesetzes fortgesetzt.

Abg. Seidel (D. Vp.) geht auf die allgemeine Kohlennot in Deutschland ein und fordert von den Bergarbeitern Ueberstunden.

Abg. Otter (NSDAP):

Der Ausbau der Bergwerksbetriebe ist, wie auch der

Minister gestern betonte, mit erheblichen Kosten verbunden. Den Kohlenbesitzern ist im April eine Kohlenpreiserhöhung von 18 M. pro Tonne zum Ausbau der Zechen und für Abschreibungen zugestimmt worden. Auf Kosten der Allgemeinheit können also die Zechenbesitzer ihre Gruben ausbauen. Durch die Ausbringung dieser Kosten hat das Volk einen unberechenbaren Anteil an der Kohlenproduktion. Die hier geübte Kritik an der Kohlensteuer ist eine glänzende Rechtfertigung der von uns vertretenen Ansicht, daß die Kohlensteuer die Verbraucher belastet. Die Kohlenproduktion ist in fast allen Ländern zurückgegangen. Nur in Amerika ist sie in ungeahnter Weise gesteigert worden. Die Kohlenproduktion befindet sich in einer bedenklichen Krise. Der größte Konkurrent der Steinkohle ist das Heizöl. In England ist die Einfuhr des Heizöls als Kohlenersatz außerordentlich erhöht worden. Wir machen die Staatsregierung besonders auf diese Tatsache aufmerksam.

Bei Betrachtung der Kohlenpreise müssen auch die Kohlenpreise und die der Nebenprodukte in Betracht gezogen werden. Es ist Schwindel, wenn das Grubenkapital immer über die angeblich zu niedrigen Kohlenpreise lächelt. Man weiß, weshalb man verzagt, dabei die Gewinne zu erwähnen, die man aus den Nebenprodukten zieht.

Genosse Otter geht dann auf die Riesengewinne des Grubenkapitals ein und stellt dazu

die niedrigen Löhne der Grubenarbeiter

in Vergleich damit. Ein unerhörter Skandal ist das durch Stinnes abgeschlossene Kohlenlieferungsabkommen. Erst heute das ganze Bürgerium über die Zwangslieferungen an die Entente, und schließlich fährt Herr Stinnes nach Paris, um — geschäftstüchtig wie er ist — beste deutsche Kohle anzubieten, wofür er 8 Mark pro Tonne für sich einstecken darf. Im Lande herrscht Kohlenknappheit, und Herr Stinnes, der sein Vermögen selbst mit 7 Milliarden einschätzt, schröpft die notleidende Bevölkerung. Dagegen werden wir ankämpfen. Die Hoffnungen des Bürgeriums auf Mehrproduktion an Kohlen durch Ueberstichtungen wird nicht erfüllt werden. Das Grubenkapital soll sich hüten, den Achtstundentag anzutasten. Es wird auf Granit stehen, den Bergarbeiter lassen sich durch das Geipen der Ueberstichtungen nicht einschrecken. Die Betriebsräte werden von den Zechenbesitzern systematisch entfernt.

Genosse Otter wendet sich sodann gegen die Hebe anlässlich der Maidemonstrationen. Die neueste Schöpfung der Grubenherren ist die Pflanzung Uebergriffe der Betriebsräte. Wir wenden uns gegen diese Uebergriffe des Zechenkapitals. Wir fordern 50 Millionen für die Opfer des Bergbaus. Weitergehende Anträge werden wir gern unterlassen. Den bebauerndwertigen Dofern und Hinterbliebenen der Grubenataktiven zu helfen, ist Pflicht des Staates. (Lebhafte Beifall links.)

Nach den Ausführungen des Abg. Nischbach (Dem.) verläßt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes, Wohlfahrtsbet.

Gegen die Blutsjustiz

Unsere Fraktion hat im preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

Ueber die von dem Magdeburger Landgericht gegen 16 Arbeiter wegen Landfriedensbruch gefällten Urteile hat unsere Fraktion im preussischen Landtage am 16. Mai folgende große Anfrage eingebracht:

Das Landgericht Magdeburg verhandelte am 3. und 4. Mai gegen Jung und Genossen aus Hundsburg bei Hundsburg, insgesamt gegen 16 den sozialistischen Parteien angehörige Arbeiter wegen Landfriedensbruchs. Das Delikt des Landfriedensbruchs wurde in der gelegentlich einer Demonstration aus Anlaß des Erzberger-Mordes vorgenommen Verbrennung schwarze-weiß-roter Fahnen erblickt.

Trotzdem der erste Staatsanwalt nach Einsicht in die Akten die Einleitung des Strafverfahrens ablehnte, beschloß das Gericht, die Anklage zu erheben. In der Gerichtsverhandlung sind gegen die Beteiligten Strafen von unerhörter Härte verhängt worden. Die Arbeiterbevölkerung und weite Kreise darüber hinaus sind von großer Erbitterung erfüllt. Ueber eine derartige mit Recht als Klassenjustiz bezeichnete Strafrechtspflege.

Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um derartige Urteile, die sich direkt gegen Arbeiter und indirekt gegen die Republik richten, in Zukunft unmöglich zu machen?

Anspach — Bergholz — Leoprechting

Das Verbrecher-Album füllt sich. Dem Herren Anspach und Bergholz ist nun ein feudaler Jüngling beigelegt: Freiherr Hubert von Leoprechting aus Oberbayern, der es fertig bekam, dem preussischen Staatskommissar Dr. Weismann einen aufgelegten Schwindel über ein Bündnis zwischen dem Kronprinzen von Bayern und dem österreichischen Erzherzog Albrecht unterzuschleichen. Angeblich sollte eine katholische Donau-Monarchie unter französischer Oberhoheit errichtet werden. Woraus sich ergibt, daß auch ein mit allen Punden gehepter Herr wie Dr. Weismann gegen das Raffinement politischer Hochstapler keineswegs gefeit ist.

Im Hauptansatz des Reichstages wurde am Dienstag der Gesetzentwurf betr. Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder sowie der Nebenbezüge bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdiensts beziehen (Pensionskürzungsgesetz), behandelt.

Das „neue“ Deutschland. Der Magistrat der Stadt Emden hat beschlossen, für den im Ariene untergegangenen Kreuzer „Emden“ ein Denkmal zu errichten. Man sollte endlich derartige nationalitische Propaganda verbieten und die dazu verfügbaren Gelder den Kriegsinvaliden und -witwen überwiesen.

gegen, daß die Vertrauensärzte bei der Post sich von parteipolitischen Gesichtspunkten beim Ausstellen ihrer Atteste leiten lassen. Die Vertreter der Wissenschaft dürfen sich nicht zum Instrument parteipolitischer Bestrebungen herabdrücken lassen. Wir wenden uns gegen das System der Post, das über die streikenden Arbeiter

schwarze Listen

angefertigt werden, die diesen bei Neuansstellungen hinderlich sind. Wir müssen einen neuen Geist in die Verwaltung der Post hineindrängen, wenn der ganze Post- und Verkehrsapparat vielseitig und allen Ansprüchen genügend arbeiten soll. Deswegen fordern wir: Fort mit der Bürokratie in der Post! (Beifall bei den U. S.)

Damit ist die Generaldebatte geschlossen.

In der

Entschlüsse:

führt Abg. Ged (NSDAP) aus: Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion beantragt, der Reichstag wolle beschließen, daß bei dem Reichspostministerium die Möglichkeit geschaffen wird, innerhalb der vierteljährlichen Bezugszeit den Preis der Zeitungen zu erhöhen, wenn wieder eine große Steigerung der Verteilungskosten durch Papierpreise und Arbeitslöhne eintritt. Redner verweist auf die Tatsache, daß große Versandgeschäfte ihre Druckkosten nach Wien bringen, um sie von dort aus gegen billiges Kronen-Porto nach Deutschland zu senden! Dagegen gehen die Monarchisten die Freiheit, Agitation gegen die Republik und die deutsche Verfassung durch Abdruck von monarchistischen Kundgebungen auf Briefumschlägen auszuüben! Redner verliest einen Teil des auf einem Briefkuvert einer Göppinger Firma abgedruckten Liebes gegen die deutsche Reichsfahne!

In der

Abstimmung

wird der vom Genossen Ged begründete Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien bei einigen Zustimmungen der äußersten Rechten abgelehnt. Ferner werden abgelehnt die Anträge unserer Fraktion, die die Durchführung des Achtstundentages im Bereich der Post und bei besonders anstrengendem Dienst eine Verkürzung der Dienstzeit fordern, die ferner verlangen, die Betriebsvertretungen an der Lösung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Aufgaben aktiv zu beteiligen, die Betriebsvertretungen zu allen Beratungen der Verwaltungsbehörden heranzuziehen, bei Besetzung der Referentensitzen im Ministerium mehr als bisher erfahrene Kräfte aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und akademisch nicht gebildeten Beamten zu berücksichtigen und die Postagenten so zu entlohnen, daß ihnen das Existenzminimum gesichert wird.

Die Abstimmung über unseren Antrag, die wegen unehelicher Mutterschaft entlassenen Postbeamtinnen wieder einzustellen und aus diesem Grunde Entlassungen künftig nicht mehr auszusprechen, wird mit Hilfe der Bürgerlichen durch Ueberweisung an den Rechtsausschuß verschleppt!

Angenommen werden lediglich unsere Anträge auf Entfernung von Kaiserbildern aus den Diensträumen der Post und des Wortes „kaiserlich“ auf allen Vordrucken, da ferner die Bewilligung von Mitteln zur Bekämpfung der Unfallgefahren und zur Förderung der beruflichen Ausbildung fordern.

Der Etat des Reichspostministeriums wird sodann nach kürzerer Debatte erledigt.

Nachdem der Berichterstatter zum Etat des Reichsarbeitsministeriums gehört worden ist, verläßt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. Der Vizepräsident Hall gibt von dem Tode des Abg. Jand (D. Vp.) Kenntnis und widmet ihm einen Nachruf.

Tagesordnung der nächsten Sitzung: Arbeitsministerium, Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken, kleinere Vorträge. — Schluß 1/2 11hr.

M. SCHULMEISTER
 Kottbuser Tor
 Herrenanzüge M. 1575-3500
 Herrenschräpper M. 1450-3000
 Regenmäntel

Billiges Angebot!

Emaile

Wirtschafts-Artikel

Porzellan

Wasserkessel mit Sack... 95 ⁰⁰ 85 ⁰⁰	Kaffeemühle Holz... 58 ⁰⁰	Kaffeesevice 9 teilig, bunt... 135 ⁰⁰
Eimer 28 cm, extra schwer, weiß... 69 ⁵⁰	Brotkasten eckig... 89 ⁵⁰	Kaffeesevice 15 teilig, bunt... 275 ⁰⁰
Eimer 28 cm, dekoriert... 108 ⁰⁰	Aluminiumtöpfe mit Deckel, Satz 5 Stück... 425 ⁰⁰	Speiseteller mit Goldrand... 18 ⁷⁵
Schmortöpfe mit Ring, 20 cm... 31 ²⁵	Aluminium-Eßlöffel... 2 ⁰⁵	Frühstücksteller Rosenkante... 12 ⁷⁵
Schmortöpfe 22 cm... 36 ⁰⁰	Fleischmaschinen Alexanderwerk... 110 ⁰⁰	Butterdosen Delft... 22 ⁵⁰
Maschinen töpfe weiß mit Ausguß... 23 ⁵⁰ 19 ⁵⁰ 16 ⁵⁰	Bestecke Solinger Stahl, Holzheft, durchgehend... Paar... 32 ⁵⁰	Obertassen weiß... 2 ⁹⁵
Konsol mit Maß, weiß... 31 ⁵⁰	Roßhaarbesen... 42 ⁵⁰	Untertassen bunt... 1 ⁵⁰

Walter Michelson G. m. b. H.,
 Neukölln, Bergstr. 44/45
 gegenüber dem Hohenzollernplatz

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr:
Die Ratten

Walhalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
 Gasthaus zur Liebe

Neues Volkstheater
 Spandauer Straße 68
 7 1/2 Uhr:
Anna Bolyn

Staats-Theater
 Opernhaus 7 1/2 Uhr:
Neland

Casino-Theater
 Der neue Schlager
Der Nette aus Afrika.

Theater am Nollendorfplatz
 7 1/2 Uhr:
Verliebte Leute

Theater des Ostens
 (Soyuz-Theater)
 7 1/2 Uhr:
Brot und Arbeit

Theater a. Kottbus. Tor
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
 u. a.: Lindorpiet
 „Fantasia im
 Reitsweinkeller.“

Komödienhaus
 Tgl. 5 Uhr:
„Gretchen“
 Gilmmer, Roberts

Berliner Theater
 7 Uhr:
Madame Flir.

Wallner-Theater
 7 1/2 Uhr:
A. beiden Nachtigallen

ROTTER-BÜHNEN
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Residenz-Theater
 Eine Frau ohne Bedeutung

Trilanon-Theater
 Moral
 v. Luw, Thoma

Kein Laden

Pfingst-Angebote

zu außerordentlich billigen Preisen!

Damen braun la Chevreau Schnürschuhe
 kurze moderne Form, alles Leder... nur **350⁰⁰**

Damen weiß Leinen Spangenschuhe
 alles Leder, II. Sortiment in la Ausführung, Schnur, Spange und Kranz... Mk. 150.— **68⁰⁰**

Damen la Lack Schnürschuhe
 in bester Kälblack-Ausführung, kurze hübsche Form... nur **495⁰⁰**

Herrn-Rindbox-Stiefel
 in beste Leder-Ausführung! Solange Vorrat reicht... **375⁰⁰**

In Ihrem eigensten Interesse: em sehen wir Ihnen, Ihren Bedarf aus unserem reich sortierten Lager raschenstens zu decken. — Wer jetzt kauft, spart Ged. — Überzeugen Sie sich selbst.

Schuhhaus Katz

10 Münzstraße 10

vorn i Treppe

Kein Laden

Seifeld stecher

6- und 8 fach, knall fähig
 M. Seifeldmann,
 Berlin W 9, Goldbarrer
 Str. 135, Lügern 1290

Altmetalle

Eisen, Kupfer, Zink, Blei
 u. a., sowie Zeitungspapier
 und Flaschen laßt
 zu höchsten Tagespreisen
 Metallverwertung
 Beierma. netras 855.

Metall

1000 g. für 10
 1000 g. für 10
 1000 g. für 10

Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Spez. Fein-36
 1000 g. für 10
 1000 g. für 10
 1000 g. für 10

Boden-Sport-Anzüge

100% Baumwolle
 1.75 - 1.90
 1.75 - 1.90
 1.75 - 1.90

Bohin & Pasche

Berlin, 6 (Spittelmarkt)

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Verwaltungsstelle Berlin

To-ces-Anzeige

Um Kollegen zur Nachricht das
 folgende Mitglied gestorben sind:
 Der Arbeiter
Carl Roßow
 Längwitz Str. 25
 am 13. d. M.
 Die Beerdigung findet am Donner-
 tag den 18. Mai 1922, nachmittags 3
 Uhr, von der Leichenhalle des St.
 Thomas-Kirchhofes in Neukölln Hei-
 manntstr. aus statt. Ein Geistlicher
 geht mit.

Der Schlosser
Reinhold Engler
 Rostocker Str. 21
 am 14. d. M.
 Die Beerdigung findet am Do-
 nnerstag den 18. Mai 1922, nachmittags 3
 Uhr, von der Leichenhalle des Kran-
 kenhauses Moabit nach d. m. neuen
 Johanns-Friedhof in Hüttenesee aus
 statt. Ein Geistlicher geht mit.

Der Silber-Arbeiter
Rudolf Brückner
 Reichshaberger Str. 10
 am 15. d. M.
 Die Beerdigung findet am Freit-
 ag den 19. Mai 1922, nachmittags 3
 Uhr, von der Leichenhalle des Kran-
 kenhauses Moabit nach d. m. neuen
 Johanns-Friedhof in Hüttenesee aus
 statt.

Ehre Ihrem Andenken!
 Hohe Beteiligung erwartet.
 D. e. Ortsverwaltung.

Spezial-Arzt

Dr. Knoll für Haut- und
 Geschlechtskrankheiten, spez. Ver-
 altene Karazellen, Syphilis-Kuren, H. - Untersuchungen.
 Aelteste Heil-Anstalt „Lüder“
 9-1, 4-5
 Spn. 9-9
 Rosenstr. Nr. 69-70 u. Platz. Domestimmer separat

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich

echte Kapitän-Kautabak, nur
 mit
 Zetteln (Koffen, Schellen, Stangen, Twist
 Verk. erhalten durch
 Carl Köcker, Berlin, Loh. - enberger Str. 22 (Kgl. 2661)

WANDERKARTEN

für alle Gegenden erhält man in der
 Buchhandlg. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Verwaltungsstelle Berlin X 34
 Lüne-Str. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Ami Norden 833, 834, 835, 836

Stittsch, den 17. Mai 1922, nachmittags
 6 Uhr

Branchen-Versammlung

der Fellenhauer, im Lokal von Stiefel,
 Reperbahner Straße 71.

Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu den neuen Lohnforderungen
 2. Diskussions.
 3. Erheben aller notwendig.
 Die Erziehungskasse

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Bestmögliche billiger!
 Einmalige Preisermäßigung
 200, 50, 100, 150, 200,
 250, 300, 350, 400, 450,
 500, 550, 600, 650, 700,
 750, 800, 850, 900, 950,
 1000, 1050, 1100, 1150,
 1200, 1250, 1300, 1350,
 1400, 1450, 1500, 1550,
 1600, 1650, 1700, 1750,
 1800, 1850, 1900, 1950,
 2000, 2050, 2100, 2150,
 2200, 2250, 2300, 2350,
 2400, 2450, 2500, 2550,
 2600, 2650, 2700, 2750,
 2800, 2850, 2900, 2950,
 3000, 3050, 3100, 3150,
 3200, 3250, 3300, 3350,
 3400, 3450, 3500, 3550,
 3600, 3650, 3700, 3750,
 3800, 3850, 3900, 3950,
 4000, 4050, 4100, 4150,
 4200, 4250, 4300, 4350,
 4400, 4450, 4500, 4550,
 4600, 4650, 4700, 4750,
 4800, 4850, 4900, 4950,
 5000, 5050, 5100, 5150,
 5200, 5250, 5300, 5350,
 5400, 5450, 5500, 5550,
 5600, 5650, 5700, 5750,
 5800, 5850, 5900, 5950,
 6000, 6050, 6100, 6150,
 6200, 6250, 6300, 6350,
 6400, 6450, 6500, 6550,
 6600, 6650, 6700, 6750,
 6800, 6850, 6900, 6950,
 7000, 7050, 7100, 7150,
 7200, 7250, 7300, 7350,
 7400, 7450, 7500, 7550,
 7600, 7650, 7700, 7750,
 7800, 7850, 7900, 7950,
 8000, 8050, 8100, 8150,
 8200, 8250, 8300, 8350,
 8400, 8450, 8500, 8550,
 8600, 8650, 8700, 8750,
 8800, 8850, 8900, 8950,
 9000, 9050, 9100, 9150,
 9200, 9250, 9300, 9350,
 9400, 9450, 9500, 9550,
 9600, 9650, 9700, 9750,
 9800, 9850, 9900, 9950,
 10000, 10050, 10100, 10150,
 10200, 10250, 10300, 10350,
 10400, 10450, 10500, 10550,
 10600, 10650, 10700, 10750,
 10800, 10850, 10900, 10950,
 11000, 11050, 11100, 11150,
 11200, 11250, 11300, 11350,
 11400, 11450, 11500, 11550,
 11600, 11650, 11700, 11750,
 11800, 11850, 11900, 11950,
 12000, 12050, 12100, 12150,
 12200, 12250, 12300, 12350,
 12400, 12450, 12500, 12550,
 12600, 12650, 12700, 12750,
 12800, 12850, 12900, 12950,
 13000, 13050, 13100, 13150,
 13200, 13250, 13300, 13350,
 13400, 13450, 13500, 13550,
 13600, 13650, 13700, 13750,
 13800, 13850, 13900, 13950,
 14000, 14050, 14100, 14150,
 14200, 14250, 14300, 14350,
 14400, 14450, 14500, 14550,
 14600, 14650, 14700, 14750,
 14800, 14850, 14900, 14950,
 15000, 15050, 15100, 15150,
 15200, 15250, 15300, 15350,
 15400, 15450, 15500, 15550,
 15600, 15650, 15700, 15750,
 15800, 15850, 15900, 15950,
 16000, 16050, 16100, 16150,
 16200, 16250, 16300, 16350,
 16400, 16450, 16500, 16550,
 16600, 16650, 16700, 16750,
 16800, 16850, 16900, 16950,
 17000, 17050, 17100, 17150,
 17200, 17250, 17300, 17350,
 17400, 17450, 17500, 17550,
 17600, 17650, 17700, 17750,
 17800, 17850, 17900, 17950,
 18000, 18050, 18100, 18150,
 18200, 18250, 18300, 18350,
 18400, 18450, 18500, 18550,
 18600, 18650, 18700, 18750,
 18800, 18850, 18900, 18950,
 19000, 19050, 19100, 19150,
 19200, 19250, 19300, 19350,
 19400, 19450, 19500, 19550,
 19600, 19650, 19700, 19750,
 19800, 19850, 19900, 19950,
 20000, 20050, 20100, 20150,
 20200, 20250, 20300, 20350,
 20400, 20450, 20500, 20550,
 20600, 20650, 20700, 20750,
 20800, 20850, 20900, 20950,
 21000, 21050, 21100, 21150,
 21200, 21250, 21300, 21350,
 21400, 21450, 21500, 21550,
 21600, 21650, 21700, 21750,
 21800, 21850, 21900, 21950,
 22000, 22050, 22100, 22150,
 22200, 22250, 22300, 22350,
 22400, 22450, 22500, 22550,
 22600, 22650, 22700, 22750,
 22800, 22850, 22900, 22950,
 23000, 23050, 23100, 23150,
 23200, 23250, 23300, 23350,
 23400, 23450, 23500, 23550,
 23600, 23650, 23700, 23750,
 23800, 23850, 23900, 23950,
 24000, 24050, 24100, 24150,
 24200, 24250, 24300, 24350,
 24400, 24450, 24500, 24550,
 24600, 24650, 24700, 24750,
 24800, 24850, 24900, 24950,
 25000, 25050, 25100, 25150,
 25200, 25250, 25300, 25350,
 25400, 25450, 25500, 25550,
 25600, 25650, 25700, 25750,
 25800, 25850, 25900, 25950,
 26000, 26050, 26100, 26150,
 26200, 26250, 26300, 26350,
 26400, 26450, 26500, 26550,
 26600, 26650, 26700, 26750,
 26800, 26850, 26900, 26950,
 27000, 27050, 27100, 27150,
 27200, 27250, 27300, 27350,
 27400, 27450, 27500, 27550,
 27600, 27650, 27700, 27750,
 27800, 27850, 27900, 27950,
 28000, 28050, 28100, 28150,
 28200, 28250, 28300, 28350,
 28400, 28450, 28500, 28550,
 28600, 28650, 28700, 28750,
 28800, 28850, 28900, 28950,
 29000, 29050, 29100, 29150,
 29200, 29250, 29300, 29350,
 29400, 29450, 29500, 29550,
 29600, 29650, 29700, 29750,
 29800, 29850, 29900, 29950,
 30000, 30050, 30100, 30150,
 30200, 30250, 30300, 30350,
 30400, 30450, 30500, 30550,
 30600, 30650, 30700, 30750,
 30800, 30850, 30900, 30950,
 31000, 31050, 31100, 31150,
 31200, 31250, 31300, 31350,
 31400, 31450, 31500, 31550,
 31600, 31650, 31700, 31750,
 31800, 31850, 31900, 31950,
 32000, 32050, 32100, 32150,
 32200, 32250, 32300, 32350,
 32400, 32450, 32500, 32550,
 32600, 32650, 32700, 32750,
 32800, 32850, 32900, 32950,
 33000, 33050, 33100, 33150,
 33200, 33250, 33300, 33350,
 33400, 33450, 33500, 33550,
 33600, 33650, 33700, 33750,
 33800, 33850, 33900, 33950,
 34000, 34050, 34100, 34150,
 34200, 34250, 34300, 34350,
 34400, 34450, 34500, 34550,
 34600, 34650, 34700, 34750,
 34800, 34850, 34900, 34950,
 35000, 35050, 35100, 35150,
 35200, 35250, 35300, 35350,
 35400, 35450, 35500, 35550,
 35600, 35650, 35700, 35750,
 35800, 35850, 35900, 35950,
 36000, 36050, 36100, 36150,
 36200, 36250, 36300, 36350,
 36400, 36450, 36500, 36550,
 36600, 36650, 36700, 36750,
 36800, 36850, 36900, 36950,
 37000, 37050, 37100, 37150,
 37200, 37250, 37300, 37350,
 37400, 37450, 37500, 37550,
 37600, 37650, 37700, 37750,
 37800, 37850, 37900, 37950,
 38000, 38050, 38100, 38150,
 38200, 38250, 38300, 38350,
 38400, 38450, 38500, 38550,
 38600, 38650, 38700, 38750,
 38800, 38850, 38900, 38950,
 39000, 39050, 39100, 39150,
 39200, 39250, 39300, 39350,
 39400, 39450, 39500, 39550,
 39600, 39650, 39700, 39750,
 39800, 39850, 39900, 39950,
 40000, 40050, 40100, 40150,
 40200, 40250, 40300, 40350,
 40400, 40450, 40500, 40550,
 40600, 40650, 40700, 40750,
 40800, 40850, 40900, 40950,
 41000, 41050, 41100, 41150,
 41200, 41250, 41300, 41350,
 41400, 41450, 41500, 41550,
 41600, 41650, 41700, 41750,
 41800, 41850, 41900, 41950,
 42000, 42050, 42100, 42150,
 42200, 42250, 42300, 42350,
 42400, 42450, 42500, 42550,
 42600, 42650, 42700, 42750,
 42800, 42850, 42900, 42950,
 43000, 43050, 43100, 43150,
 43200, 43250, 43300, 43350,
 43400, 43450, 43500, 43550,
 43600, 43650, 43700, 43750,
 43800, 43850, 43900, 43950,
 44000, 44050, 44100, 44150,
 44200, 44250, 44300, 44350,
 44400, 44450, 44500, 44550,
 44600, 44650, 44700, 44750,
 44800, 44850, 44900, 44950,
 45000, 45050, 45100, 45150,
 45200, 45250, 45300, 45350,
 45400, 45450, 45500, 45550,
 45600, 45650, 45700, 45750,
 45800, 45850, 45900, 45950,
 46000, 46050, 46100, 46150,
 46200, 46250, 46300, 46350,
 46400, 46450, 46500, 46550,
 46600, 46650, 46700, 46750,
 46800, 46850, 46900, 46950,
 47000, 47050, 47100, 47150,
 47200, 47250, 47300, 47350,
 47400, 47450, 47500, 47550,
 47600, 47650, 47700, 47750,
 47800, 47850, 47900, 47950,
 48000, 48050, 48100, 48150,
 48200, 48250, 48300, 48350,
 48400, 48450, 48500, 48550,
 48600, 48650, 48700, 48750,
 48800, 48850, 48900, 48950,
 49000, 49050, 49100, 49150,
 49200, 49250, 49300, 49350,
 49400, 49450, 49500, 49550,
 49600, 49650, 49700, 49750,
 49800, 49850, 49900, 49950,
 50000, 50050, 50100, 50150,
 50200, 50250, 50300, 50350,
 50400, 50450, 50500, 50550,
 50600, 50650, 50700, 50750,
 50800, 50850, 50900, 50950,
 51000, 51050, 51100, 51150,
 51200, 51250, 51300, 51350,
 51400, 51450, 51500, 51550,
 51600, 51650, 51700, 51750,
 51800, 51850, 51900, 51950,
 52000, 52050, 52100, 52150,
 52200, 52250, 52300, 52350,
 52400, 52450, 52500, 52550,
 52600, 52650, 52700, 52750,
 52800, 52850, 52900, 52950,
 53000, 53050, 53100, 53150,
 53200, 53250, 53300, 53350,
 53400, 53450, 53500, 53550,
 53600, 53650, 53700, 53750,
 53800, 53850, 53900, 53950,
 54000, 54050, 54100, 54150,
 54200, 54250, 54300, 54350,
 54400, 54450, 54500, 54550,
 54600, 54650, 54700, 54750,
 54800, 54850, 54900, 54950,
 55000, 55050, 55100, 55150,
 55200, 55250, 55300, 55350,
 55400, 55450, 55500, 55550,
 55600, 55650, 55700, 55750,
 55800, 55850, 55900, 55950,
 56000, 56050, 56100, 56150,
 56200, 56250, 56300, 56350,
 56400

wichtige Gesandtschaftsberichte vernichtet, weil diese die deutsche Diplomatie belasteten. Durch die Vernichtung wollte man verhindern, daß die betreffenden Diplomaten durch die Revolution zur Verantwortung gezogen werden. Staatsrat Böhl hat mit dieser Aktenvernichtung das schlechte Gewissen der deutschen Diplomatie verlor.

2. Der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Verchenfeld, hat am 9. Dezember 1914 auf Veranlassung des Grafen Bedel vom Auswärtigen Amt dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling Anweisung gegeben, wie er die Kenntnis vom österreichischen Ultimatum vor seiner Ueberreichung an der Welt künden soll. Graf Hertling besorgte in seinem Antwortschreiben diese Weisung, legte ein für die Presse bestimmtes Ablenkungskonzept bei und das Auswärtige Amt fand diese Stellen gestrichen und die Abkündigung in der Presse veröffentlicht. Das bayerische Gericht, vor dem der Prozeß über die Eiserne Aktenvernichtung stattfand, rechtfertigte diesen Vorgang damit, daß er „zur Steuer der Wahrheit“ in Szene gesetzt worden sei. Damit ist die deutsche Lügendiplomatie entlarvt und die bayerische Justiz hat die Methoden dieser Diplomatie in Schutz genommen.

3. Das Berliner Auswärtige Amt von heute hat die Genehmigung zur Vernehmung des Fürsten Schinowalew und anderer Diplomaten verweigert, weil — oder obwohl diese Kurt Eisner hätten rechtfertigen und in der Schuldfrage Wesentliches hätten aufklären können, was nicht gerade eine Entlastung der Verantwortlichen von 1911 gewesen wäre. Das Auswärtige Amt hat mit dieser Amtshandlung bewiesen, daß Kurt Eisner im Rechte war, als er die Reinigung dieser Behörde von Männern des alten Geistes forderte, und daß diese so sehr berechtigte Forderung bis heute noch nicht erfüllt ist, zum Schaden des republikanischen Deutschland.

4. Die von Kurt Eisner nicht veröffentlichten Stellen des bayerischen Gesandtschaftsberichts waren ebenso belastend, wie die veröffentlichten. Das Auswärtige Amt in Berlin hat das erkannt und das vollständige Dokument der deutschen Bierserkommision nicht zur Verfügung gestellt, als sie in Versailles auf den Schuldpruch der Entente antwortet sollte. Das Auswärtige Amt war rechtzeitig im Besitz des vollen Wortlauts des bayerischen Gesandtschaftsberichts. Wenn es der Meinung gewesen wäre, daß der volle Wortlaut entlastend wirke — was nicht der Fall ist —, dann hätte es ein schweres Verbrechen auf sich geladen, weil es der Bierserkommision nicht sofort Kenntnis gab vom vollen Wortlaut des Berichts.

Das alles sind wichtige Feststellungen, die der Münchener Prozeß ergab. In der ganzen bürgerlichen Presse liegt man kein Wort davon. Die Entlastung der deutschen Diplomatie wird in eine Rechtfertigung umgewandelt und die bayerische Justiz wird gepriesen, weil sie dem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen habe. In Wahrheit tat sie das Gegenteil! Sie nannte die Eisner'sche Veröffentlichung eine „Fälschung“, obwohl sie keine war. Damit hat sie die deutsche Diplomatie in einer Sache in Schutz genommen, in der sie nicht verteidigt und in Schutz genommen werden kann, weil sie sich am deutschen Volk und an der Menschheit aufs schwerste veründigt hat. Die bayerische Justiz hat mit ihrem Urteil — dem Reichsgerichtsurteil entgegenstehend — die Propaganda für die deutsche Unschuldslüge unterstützt und damit die Kräfte im Auslande gehärtet, die auf der Auffassung beharren, daß das republikanische Deutschland nur eine Maschinerie des kaiserlichen sei.

Die Versicherungsgrenze für Angestellte

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats legte bei der Beratung des Versicherungsgesetzes für Angestellte die obere Grenze auf 8000 M. fest. Der Hauptausschuss des Reichswirtschaftsrats stimmte dieser Festsetzung zu.

Filmschau

Die Eigenschaft des Films, stumm zu sein, bedeutet dem modernen Theater gegenüber unstreitig einen Vorzug. Natürlich schwindet dieser Vorzug, sobald der Film seine Stummheit dadurch zu verliert sucht, daß er sich, wenn schon nicht vor dem Ohr, so doch vor dem Auge des Zuschauers am Geiste der Sprache vergreift. Nämlich: in jenen Mitteln, vor denen man sich fragt, ob sie von den Sprachschmiedern der neuesten Dichtung beeinflusst sind, oder ob — was wahrscheinlicher ist — jene Schätze ihre Wortkunst dem Akzent verdanken.

Wenn „Die vom Fiskus“ (im U. F. Kurfürstendamm) eine Wendung: „dem Prinz“ aufweisen, so trägt man sich damit, daß ein Prinz heutzutage wohl keins von seinen Ausnahmestellen, dafür aber wenigstens das Recht auf einen kompletten Dativ einbüßt. Bei einem Genesit jedoch, der: „des Virtuosen“ heißt, und bei all den übrigen Texten hat man höchstens die Genugtuung, daß der Film selbst noch schlechter ist als die Texte. Ein Erbsprinz heiratet eine Fiskusdämonin, und da sich der Kinobesucher damit nicht begnügt, brechen während sie mit ihrem letzten Tanz Abschied vom Fiskus nimmt, die Beiden aus den Säulen aus und in den „Hauerraum“ ein. Daraus folgt nicht etwa bloß Panik, in der selbstverständlich die Tänzerin ihren prinzipiellen Gemahl aus den Klauen eines Raubtiers befreit, sondern auch noch Kurzschnel. Und Kurzschnel auf der Leinwand führt selten zu etwas anderem als zu Aufnahmen einiger Flammen, zu denen wir — wenn wir Phantasie genug haben, uns einen brennenden Fiskus ja ausdenken können. Wozu das? Damit uns noch zwei Sekunden ein Titel durch die Mitteilung, daß „das Feuer gelöscht“ sei, wieder beruhigt!

Ein wenig kultivierter ist: „Die Geliebte des Königs“ (im Marmorhaus). Die Handlung ist wärrig, das Manuskript steht aus wie bestellt und leider abgelehnt. Der Film verstimmt aber trotzdem nicht, denn die Regie Friedrich Zeluck ist geschmackvoll und sauber, und Eva Raza bewirkt, wie immer in besseren Stücken, mit ihrer Freude an Spiel und ihrer natürlichen Anmut. Sie tobt sich in den verlogenen Lutschiel-Situationen mit so ungekünstelter Raune aus, daß das Publikum zwar nicht weniger blödsinnig, aber immerhin noch genießbar wird.

In der Alhambra läuft „Der Gouverneur des Todes“, ein Kesselfilm, nach Motiven von Prosper Mérimée. Es sind auch Motive von Balzac drin, aber das tut nichts! Wo über den Film ein Hauch aus der französischen Romanliteratur weht, die ja einzig darin ist, mit den knallharten Schauerfarben doch ein anzusehendes Gemälde zusammenzubringen, wo dieser Einfluß spürbar wird, geht vom Film eine ungeheuer starke Wirkung aus. Das ist aber nur im ersten und zweiten Akt der Fall. Die weiteren vier sind ein so sinnloses Gemisch von Werd und Raub und

Die Hohenzollern-Reichswehr

Am 6. Mai hatte der letzte Hohenzollern-Kronprinz, A. V. Geburtstag. Dieses Welt-Ereignis wurde in Potsdam, Bilitzgerdorf, Trebbin und an anderen deutschen Orten gefeiert. Bei solchen Gelegenheiten darf natürlich das gute alte militärische Stettin nicht fehlen. Heute es doch sehr Menschenbedenken bis zum Zusammenbruch die hohe Ehre, daß dort Heut. Preußens Kronprinz beim Grenadier-Regiment Nr. 2 den „Chef“ markierte.

Also Stettin mußte natürlich auch am 6. Mai 1922 im Bellevedere Kronprinzens Geburtstag feiern. Man kann und soll selbstverständlich keinen Privatmann bewehren werden, irgendeines Defizienten, Hofbedienten, Schwadronenrats Namens-, Geburts-, Hochzeits- oder Todesstag so oder so feierlich zu feiern. Aber wenn wir uns „Republik“ nennen und mit dieser Benennung nicht aller Welt Gespött bleiben wollen, dann müssen wir's uns verbitten, daß die aus den Kassen der Republik bezahlte Reichswehr sich erdreißt, an derartigen monarchistischen Guldigungen mit demonstrativer Frechheit teilzunehmen.

In Stettin trat zur Kronprinzens-Geburtsstagsfeier das 5. Reichswehr-Regiment an. Zur Stelle waren nicht bloß alle Vortruppsführer, sondern auch die Mannschaften! Von der Reichsflagge keine Spur! Schwarz-Weiß-Rot blieb die Parole, und die ganze Stimmung, in der dieser Geburtstag von der Reichswehr sowie von den zahlreich anwesenden, mit Orden und Ehrenzeichen besetzten Zivilisten begangen wurde, war von Anfang bis zu Ende „mit hohenzollernisch allewege“.

Dazu bezahlt die deutsche „Republik“ ihre Reichswehr und ihren „demokratischen“ Reichswehrminister Geld!

Aus Groeners Reich

Gemeingut der deutschen Arbeiterschaft ist die Erkenntnis stets gewesen, daß Ueberanstrengungen im Betriebe, hervorgerufen durch zu lange Arbeitszeit, stets auch eine erhöhte Unfallziffer im Gefolge haben. Gerade recht kommt jetzt eine Verfügung des Herrn Reichsverkehrsministers vom 24. April 1923 — E. IV. 45, Nr. 207 —, die im Benehmen mit dem Hauptbeamten- und Hauptbetriebsrat aufgestellt ist und ein erhöhtes Anschwellen der Unfallziffern im Eisenbahnbetriebe feststellen muß. Warum heißt es übrigens „im Benehmen“? „Nach Zustimmung“. Wäre eindeutiger aber wohl nicht zureichend. Die sehr umfangreiche Verfügung preßt die Unfälle im Eisenbahnbetriebe in ein ganz bestimmtes Schema ein. In der Begründung zu seiner Verfügung sagt der Herr Reichsverkehrsminister, daß nicht zu verkennen ist, daß die erwähnte Vermehrung der Unfälle im September und Oktober auch im November, und zwar in erhöhtem Maße so erheblich war, daß sie durch die Einflüsse der ungünstigen Jahreszeit allein nicht erklärt werden könne. Die Zahl der auf eine Million Zugkilometer entfallenden Unfälle hat betragen in den Monaten April bis August 8,30, im Monat September 7,28, im Monat Oktober 6,96, im Monat November 9,00. Auch für die Monate Dezember und Januar werden erhöhte Unfallziffern durch den Minister bekanntgegeben. In seiner Verfügung fällt dem Minister die gegen die gleiche Zeit des Vorjahres festgestellte Vermehrung der Entgleisungen und Zusammenstöße unangenehm auf. Auch rügt er, daß rund 94% aller Zusammenstöße auf schlechte Diensthandhabung zurückzuführen sind.

Nun glaubt der Herr Minister feststellen zu können, daß diese hohe Zahl der Unfälle erneut die dringende Notwendigkeit eingehender sachgemäßer Belehrung aller im Betriebe tätigen Bediensteten sowie die Notwendigkeit gründlicher Prüfung, ob sie den an sie zu stellenden Anforderungen vollständig gewachsen sind und die für ihren Dienst unbedingt erforderliche Eignung besitzen, zeigt. Glaubt er etwa, daß das Personal der Eisenbahnverwaltung, das doch in erster Linie mit seinem Leben und seiner Gesundheit bei Unfällen ein-

stehen muß, diese Unfälle nur aus Unachtsamkeit oder Leichtsinne verursacht? Das Personal steht auf dem Standpunkt, daß diese Unfälle auf schlechte Beschaffenheit des rollenden Materials wie auch der Bahnanlagen, auf Ueberanstrengung des Personals und erst an dritter Stelle auf unzureichende Behandlung der Einrichtungen der Verwaltung zurückgeführt werden müssen. Wenn nun durch erhöhte oder verlängerte Leistungen bei noch aus der Kriegszeit geschwächtem Körper Unfälle eintreten, so trifft die Schuld daran diejenigen, die ohne das Arbeitszeitgesetz abzuwarten, innerhalb der einzelnen Direktionen den Dienst ihrerseits schon lange über die achtstündige Arbeitszeit hinaus verlängert haben.

Die öffentliche Meinung sowohl wie auch Publikum und Parlament werden sich mit dieser Angelegenheit sehr eingehend befassen müssen; denn bei Unfällen tragen nicht nur die Eisenbahner selbst ihre Knochen zu Markte, sondern auch jeder einzelne, der das „billige Vergnügen“ hat, die Eisenbahn benutzen zu müssen.

Ostelbische Schulzustände

In der Märztagung des Brandenburgischen Provinzial-Landtages wurde vom Genossen La Orange in längerer Ausführungen auf den vollständig unzulänglichen Unterricht der Fürsorgezöglinge und der epileptischen Jugend in den Potsdamer Provinzialanstalten hingewiesen. Der Unterricht findet zum Teil in ungeeigneten Räumen statt und die wöchentliche Stundenzahl ist bis auf die Hälfte gekürzt. Ein Teil der Schulpflichtigen erhält wegen Raum-mangel überhaupt keinen Unterricht. Die Epileptischen werden mit den Fürsorgezöglingen gemeinsam beschult. Dieser Zustand ist vom pädagogischen Gesichtspunkt aus zwar so verurteilt. Die Epileptiker müssen wegen ihrer Krankheit häufig dem Unterricht fernbleiben. Der Klassenlehrer nimmt auf sie Rücksicht und er kann nicht so vorwärtsgehen, wie es im Interesse der Fürsorgezöglinge nötig wäre. Diese werden daher in ihrer Ausbildung stark gehemmt. Die Provinzialverwaltung forderte Millionen für Straßenbauten, Brücken, zur Errichtung von Schweinehöfen, für beantragte gewaltige Summen zur Instandhaltung der Gebäude und Anlagen sämtlicher Provinzialanstalten — bei rund 52 Millionen Mark Wert der Grundstücke und Gebäude 9 Millionen Mark Unterhaltungskosten —, für den Bau eines neuen Schulgebäudes, der für die Potsdamer Provinzialanstalten schon seit Jahren eine zwingende Notwendigkeit ist, beantragte man keinen Pfennig.

Die Aufstellungen unserer Genossen konnten nicht widerlegt werden, fast alle Abgeordneten forderten dringende Abhilfe. Was aber ist bisher geschehen? Man hat nicht für Besserung gesorgt, sondern die Zustände verschlimmert. Es sind am 1. April zwei Hilfskräfte entlassen worden, so daß die Stundenzahl noch stärker gekürzt werden mußte. Dieses unsoziale Verhalten wird kaum seine gleichen finden. Gerade die Kinder, die mehr wie die Normalen der Schulung und Erziehung bedürfen, werden in der unverantwortlichen Weise zurückgelassen. Hat der Lehrer Deder nicht etwa nur darum den Unterricht aufgeben müssen, weil er seine Pflichten nicht erfüllen konnte? Seine Fähigkeiten mußte man anerkennen und doch ließ man ihn gehen. Direktor Kluge, der Leiter der Potsdamer Anstalten, der die Bilder von Wilhelm und dessen verstorbenen Frau heute noch als Wandbild in den einzelnen Anstaltsgebäuden gelten läßt, hat an dem Abgang des Genossen Deder sicher mit die größte Schuld.

Ist die Gleichgültigkeit gegenüber der unterrichtlichen Vernachlässigung der Potsdamer Zöglinge vielleicht darin zu suchen, daß die gesamte Provinzialverwaltung nur aus Juristen und Medizinern besteht, aber kein Schulmann in ihr tätig ist? Ist der schmadelnde Zustand nicht auch darin begründet, daß man die Leitung der Schulen immer noch dem Anstaltsgeistlichen im Nebenamte überläßt? Nicht einmal die ärmste Gemeinde Preußens darf gegen ihre Schulpflicht zu handeln, wie es die Provinzialverwaltung tut. Die Schulaufsichtsbehörde würde sofort einschreiten. Die Provinzialanstalten unterrichten aber einer solchen nicht, sondern nur dem Oberpräsidenten. Dieser kann dem Ansehen der Provinz Brandenburg nur nützen, wenn er den ostelbischen Schulverhältnissen in Potsdam ein Ende bereitet.

Der Bildungsausschuss U.S.V. Treptow-Baumhüttenweg bringt Freitag in der Treptower Sternwarte den hochinteressanten Film „Shackletons Südpolar-Expedition“ zur Vorführung. Außerdem Herstellung von Obstsalz. Vom Apfel bis zum Wein. Die Bildberichterstattung und ihr Werdegang (vom Photo bis zur illustrierten Zeitung) und einer Ebers-Tripfilm. Vorführungen: 3 Uhr für Kinder 1. — 4 Uhr 4. — 8 Uhr 4.50 Mk. Karten an allen Vorführungen an der Kasse.

Der Wiener Männergesangsverein in Berlin. Am 21. Mai nachmittags tritt die Abordnung des Wiener Männergesangsvereins, die 25 Personen umfassen wird, auf dem Anhalter Bahnhof ein und wird dort von den vereinigten Reichsausschüssen des Berliner Sängerbundes und des Oesterreichischen Deutschen Volksbundes, an deren Spitze Reichstagspräsident Löbke steht, empfangen werden. Die Hofordnung für den 5-tägigen Aufenthalt der Wiener ist bereits bestimmt. Den Höhepunkt der künstlerischen Darbietungen wird ein Konzert in der Philharmonie (22. Mai, 8 Uhr abends) bilden. Daneben wird das Konzert im Zoo (24. Mai, 4 Uhr nachmittags) ebenso wie das Freikoncert im Parkgarten (26. Mai, 11 1/2 Uhr vormittags) ausfallen.

Rose Theater. Im vergangenen Winter hatten wir wiederholt Gelegenheit das erste künstlerische Streben dieses Vorstadttheaters anzuerkennen. Trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel ist man in der Frankfurter Straße bemüht gewesen, erstklassige Kunst zu bieten. Leider kann man das von der neuesten Zeitung nicht sagen. Das was am Montag abend den Kinobauern geboten wurde, war Schmierarbeit. Das Stück selbst „Broten und Arbeit“, Volksheld von Rudolf Schwarz-Keilinger, ist selbst eine Würdigung überhaupt nicht. Aber auch die Darsteller sind mit ganz wenigen Ausnahmen selbst für eine Provinzenbühne nicht reif. Wenn wir überhaupt von der Aufführung Notiz nehmen, dann nur um unsere Leser zu warnen etwa die Veranstaltungen geschlossen, betriebsweise oder durch gemeinsamen Kartenspieler noch zu fördern. U. S.

Berliner Volkschor. Der Volkschor erucht alle Gewerkschaften usw. die im nächsten Winter Beethovens Neunte Symphonie für ihre Mitglieder durch den Volkschor zur Aufführung bringen wollen, sich schleunigst mit dem Chorvorstand (H. Hofmann, Kurfürstendamm 140) in Verbindung zu setzen, da die Orchester jetzt engagiert werden müssen. Der Volkschor nimmt im Mai und Juni noch folgende Mitglieder ohne Notentkennung auf, insbesondere sind ihm gute Männerstimmen willkommen. Ausnahme in den Chorproben Freitag von 7 bis 10 Uhr in der Aula des Andreas-Realschulhauses, Kopenickerstraße 70.

Erpressung, es fehlt so jeder logische Zusammenhang zwischen den aufgeschauten Brutalitäten, daß man die Entrüstung des Publikums verstehen kann. Obwohl man diesen guten Mitbürgern sagen möchte, daß der Film, gegen den sich da ihr Begehren so erbittert aufgebaut hat, doch unvergleichlich besser ist als so manch illages Fabrikat, das sie mit Beifallstürmen annehmen!

Einige Ufa-Theater zeigen den „Friedensvertrag von Versailles“, das heißt, sie zeigen nur die Spielbelegungen, wo die Bekundungsmänner geschickt und Kriegsmaschinen vernichtet werden. Solch ein Anblick ruft die Empörung des „deutschen Volkes“, womit bis auf weiteres allerdings nur die Besucher der Ufa-Theater gemeint sind, wach. Wie es sich auf dem geistigen Niveau dieser Besucher von selbst versteht, richtet sich ihre Erbitterung nicht dagegen, daß die Entwertung nur auf der einen Seite, nicht aber auch auf der anderen durchgeföhrt werde, nein, der brave Deutsche ist empört, weil man ihm eins seiner heiligsten Güter, nämlich die Hoffnung auf einen baldigen neuen Krieg, entreißt!

Doffo Koffler.

Ich habe das letzte Mal gesagt, es hätte den Anschein, als ob die „Ufa“ absichtlich keine guten, sondern nur schlechte amerikanische Filme laufe, um die deutschen Kinobesucher in Unkenntnis zu halten. Man müsse in kleine, unheimliche Kinos gehen, um gute amerikanische Filme zu sehen, schrieb ich.

Ich erfahre, daß diese in den kleinen Kinos gezeigten amerikanischen Filme auch durch die „Ufa“ vertrieben werden. Das bestätigt nur meine Annahme. Denn, wenn die „Ufa“ gute amerikanische Filme besitzt und in ihren Theatern nur schlechte zeigt, so wird das wohl kein Zufall, sondern Absicht sein.

Lehrfilme. Die neuen Filme der wissenschaftlichen Abteilung der Deutsches-Bioskop-Gesellschaft wurden in einer Sonderveranstaltung der Film- und Bild-Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin vorzutragen. Gezeigt wurden die Filme: Merkwürdige Fisch-Eben, Untere Nordhorn im Weltallraum, Deutsche Schlangen; a) Ringelrotter, b) Resenlavichlange (Coluber longissimus), Chemische und physikalische Spielereien, Tiere im Winterkleid, Brautens Kampf gegen die Giftschlangen, und schließlich der Ewenska-Film: Ueber den hohen Bergen. Die Filme wurden mit Beifall aufgenommen, so daß ihre Einführung in die Arbeit der Schulklassen, Einrichtungen zu erwarten steht. Ein wesentlicher Teil der Film-Arbeitsgemeinschaft bezieht darin, möglichst vielen Lehrenden, ohne Rücksicht auf die Vorbildung, um den guten Film zu sammeln. Es ist zu hoffen, daß ihr das allmählich gelingt. Die Veranstaltung am 8. Mai, die erfreulichen Besuch zeigte, läßt das hoffen.

Groß-Berlin

Gegen die Denkmalsuche

Bei den Siemens-Schuckertwerken plant man, in Siemensstadt vor dem Verwaltungsgebäude ein imposantes Kriegerdenkmal zu errichten. Drei Entwürfe sind für die Ausführung zur engeren Wahl gestellt. Zurzeit ist man damit beschäftigt, die Entwürfe in provisorischer Ausführung in natürlicher Größe aufzustellen. Schon diese provisorischen Ausführungen verstrahlen hohe Summen, die ausreichen würden, um für die überlebenden Kriegsveteranen Wohnungen herzustellen. Danach kann man ermeßen, welche Summe für das endgültige Denkmal bestimmt ist.

So sehr man auch damit einverstanden sein wird, daß den Opfern, welche der Weltkrieg verschlang, ein würdiges Andenken für die Nachkommen erhalten bleibt, müssen doch vor allem zunächst die unermesslichen Schäden beseitigt werden, die der Weltkrieg den überlebenden zugefügt hat. Die Belegschaft der Berliner Werke des Siemens-Schuckert-Konzerns ist aus diesem Grunde mit der Errichtung des Denkmals auch durchaus nicht einverstanden. Die Verletzung der Belegschaft hat daher einstimmig in einer Vollversammlung folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Betriebsräte der Groß-Berliner Werke des Siemens-Konzerns haben Kenntnis erhalten von der Absicht der Firma, für die im Weltkrieg gefallenen Arbeitnehmer des Siemens-Konzerns ein Denkmal zu errichten.

So sehr die Betriebsräte die ihnen gebührende Wertschätzung der Opfer des Weltkrieges die ihnen gebührende Ehre zuteil werden zu lassen, halten sie es doch für erforderlich, auf die zurzeit noch vorhandene ungeheure große Zahl derjenigen lebendigen Kriegsveteranen hinzuweisen, welche durch die Folgen des Krieges in unabsehbarer Weise geschädigt sind. Die Betriebsräte halten es zurzeit noch für wichtiger, die Geldmittel zur Beseitigung der Not der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu verwenden, sowie zur Steigerung der furchtbaren Wohnungsnot. In letzter Beziehung ist nach Ansicht der Betriebsräte noch lange nicht das Sichere, was man billiger Weise von einer Groß-Firma verlangen kann, die die moralische Pflicht hat, auch dafür zu sorgen, daß jeder ihrer Arbeitnehmer eine Behandlung erhält, die wenigstens nicht die Gesundheit der Familie und seine eigene gefährdet.

Die am 25. April d. J. tagende Versammlung aller Betriebsräte der Groß-Berliner Werke des Siemens-Konzerns ersucht aus den oben angegebenen Gründen heraus einstimmig die Firmenleitung, von der geplanten Aufstellung des Denkmals Abstand zu nehmen und das hierfür bestimmte Geld den oben angedeuteten Zwecken dienstbar zu machen.

Wir können uns dieser Auffassung nur anschließen, da wir der Meinung sind, daß gesunde Wohnungen der Kriegsgeschädigten und Angehörigen der Gefallenen zu errichten besser ist, als Denkmäler zu bauen, deren Ausführung häufiger nichts weniger als geschmackvoll genannt werden kann.

Die Waldverwüstungen

Wiederholt schon haben wir gegen die in der Umgegend von Berlin überhandnehmenden Waldverwüstungen Stellung genommen. Vergeblich! Die in Betracht kommenden amtlichen Stellen sind den berechtigten Beschwerden gegenüber anscheinend taub. Der schrankenlosen Ausbeutungslust des Kapitals fallen die schönsten Waldbestände zum Opfer.

Was ist beispielsweise aus dem schönen Hermsdorfer Forst geworden! Im Sommer und Winter die Berliner Schulfugend hinaus, um im Spiel und Sport Körper und Geist zu stärken, wo Sonntag sich in freier Waldluft und Arbeiterkraft von der schweren Fron des Alltags erholte, die Arbeiterkraft und jetzt schlagelagene Hügel entgegen. So fallen die wenigen schönen Herrlichkeiten der Natur, die uns als die einzigen noch blieben, dem Willkürhunger profitgieriger Kreise zum Opfer.

Soll das so weitergehen? Die offenbar immer weiter um sich greifende Verwüstung in den Wäldern gibt uns keine Gewähr dafür, daß diesem verderblichen Treiben Einhalt geboten wird. Es geht um die Lungen der in veränderter Großstadt lebenden Arbeiterbevölkerung. Die Sprache der Kritik muß deutlicher werden.

Wir begrüßen deshalb außerordentlich, daß die drei proletarischen Parteien der U.S.P., S.P.D. und R.P.D. sich in Hermsdorf zu einem Aktionsausschuß vereinigt haben, um der schrankenlosen Waldverwüstung entgegenzuwirken. Am Sonntag, dem 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet auf den schlagelagene ehemaligen Waldbeständen des Hermsdorfer Forstes eine von diesem Aktionsausschuß veranstaltete Protestdemonstration statt, bei welcher Redner aller drei sozialistischen Parteien sprechen werden. Diese Aktion muß von allen Naturfreunden unterstützt werden. Wie wir erfahren, sind als Treffpunkt für die Berliner Genossen die westlichen Ausgänge des Bahnhofs Hermsdorf (Nordbahn), nachmittags 3 Uhr, festgesetzt. Wir unterstützen diese Bewegung, die sich gegen eine Barbarei wendet und fordern die Berliner Genossen auf, sich im eigenen Interesse an dieser Protestdemonstration zu beteiligen.

Echt christlich

Den „Christlich-Unpolitischen“ müssen für den bevorstehenden Wahlkampf um die Besetzung der Elternbeiräte alle Dinge zum Besten dienen. Auf eine Handvoll mehr oder weniger kommt es ihnen nicht an. Sie sind, echt leitend, kruppelhaft in der Wahl ihrer Mittel. Die Verleumdung ist ein unentbehrliches Requisit aus dem reichen Arsenal ihrer hinterhältigen Waffen. Und liegt eine Flugblätter vor, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Hier ihr Wortlaut:

Dringende Einladung

Zur amtlichen Elternversammlung des Herrn Direktors am 18. Mai 1922, 7 Uhr abends in der Aula der S. Hülsschule, Blumenstr. 77 und zu der sich daran anschließenden Versammlung der christlichen Schulleiterschaft. Tagesordnung: Wie besetzen wir uns mit dem mit Juden besetzten Elternbeirat, der unseren sarien Kinderbezirken den christlichen Religionsunterricht rauben und ihnen die verheerenden Parteipolitik verpflanzen will.

Väter und Mütter! Rettet euer Kind!

Wahrt euer Elternrecht und erhebt in Massen!

Der christliche Elternbund der Schule:

V. A.: Mohr, Wartburgstr. 37.

Ein schönes Dokument christlicher Duldsamkeit und Wahrheitsliebe, das noch vervollständigt wird durch die „Objektivität“ des Direktors, der für diese Versammlung der Christen Schupo anfordert und auch erhält. Die Elternversammlungen der „Christlich-unpolitischen Richtung“ geben, das hat bis jetzt die Erfahrung gelehrt, ein trübes Bild schwacher, parteipolitischer Ver-

haltens. Wenn die Sprache der Herrschenden eine so unheimlich freche und herausfordernde ist, so liegt das größtenteils an dem mangelnden Interesse eines erheblichen Teiles der Groß-Berliner Arbeiterklasse.

Es gilt daher bis zum Tage der Wahl noch unermüßlich zu arbeiten, um die Teilnahmebereitschaft weiter Kreise, die der Schulreaktion Wasser auf die Mühlen liefern, entgegenzuwirken. Jeder kann und muß also helfen.

Bauernfang der „Christlichen“

Kunnebe ist noch eine zweite christliche Partei auf den Plan getreten. Im „Steinbocker Anzeiger“ wird unter der Überschrift: „In den Elternratswahlen. — Was ist die Gemeindefortschrittliche (Simultanschule)?“ eine Notiz veröffentlicht, die die Beibehaltung des Religionsunterrichtes als „ordentliches Bedürfnis“ fordert, aber jedem Erziehungsberechtigten das Recht zugestehen will, darüber zu entscheiden, ob das Kind an den Religionsübungen teilnehmen soll. Der Artikel wendet sich gegen die Agitation unter dem Schlagwort: „Die „Christlich-unpolitischen“, die „weillich“ und fordert einen Unterricht nicht nach Konfessionen oder Weltanschauungen, sondern auf dem Boden deutschen Volkstums, deutscher Gesittung und Bildung.“

Wichtig daran ist nur, daß die Verfechter dieser Art Gemeindefortschrittliche den Religionsunterricht als „ordentliches Bedürfnis“ behaupten und wünschen, daß es sich also um die Aufstellung von Kandidatenlisten handelt, die für diese Simultanschule eintreten. Die Firma ist geändert, aber der Geist ist der gleiche. Sobald die Wahl vollzogen ist, gehen die getrennt marschierenden Brüder gemeinsam gegen die Befehrer der weillichen Schule vor.

Die proletarischen Eltern dürfen sich von dieser Wortfechtere mit dem Wort „Gemeindefortschrittliche“ nicht beeinflussen lassen. Ihre Stimme gehört der „Liste der vereinigten S.P.D., U.S.P.D. und R.P.D. für weltliche Einheits- und Arbeiterschule.“ Deren Kandidaten allein treten für völlige politische und religiöse Neutralität in der Schule und für einen gesunden Schulfortschritt ein.

Die Elternbeiratswahlen

Spandau. Freitag, abds. 7 Uhr, in der Aula der Adrner-Schule. Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Elternbeiratswahlen.

5. Verwaltungsbezirk. Donnerstag, abds. 7 Uhr, Schulaula Petersburger Straße 4, Schulaula Friedenstraße Nr. 31; Freitag, abds. 7 Uhr, Schulaula Krankestraße 40, Schule Strahmannstraße 6, Schulaula Olivaerstr. 104 (Gemeindefortschrittliche); Sonnabend, abds. 7 Uhr, Schulaula Friedenstraße 16. Thema: Die Elternbeiratswahlen und das Proletariat.

Mariendorf. Freitag, abds. 7 1/2 Uhr, öffentliche Elternbeiratsversammlung im Gymnasium, Kaiserstraße. Referenten: Oberstudienrat Dr. Karsten und Genosse Stadtrat Ulrich, Neufölln.

Ohlenz der Elternbeiräte des 3. Verwaltungsbezirks. Donnerstag, abds. 7 Uhr, Versammlung bei Kertin, Panstraße 60. Dortselbst Ausgabe der Flugblätter, jede Schule muß vertreten sein.

Eltern, deren Kinder das Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße, besuchen, werden gebeten, wegs Aufstellung einer sozialistischen Liste für den Elternbeirat. Ihre Adressen nebst Erklärung, ob sie für eine Kandidatur für den Elternbeirat in Frage kommen, an Herrn A. Meyer, Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 12, einzuliefern.

Genossen! Kattiert und werbt überall für die Sozialistische Einheitsliste bei den Elternbeiratswahlen! Beachtlich wichtig die Elternbeiratswahlen! Nicht den Deutschen aus dem Vorgesetz der „Christlich-unpolitischen“ die Maske vom Gesicht. Sichert der Liste der Sozialisten einen überwältigenden Sieg!

7. Distrikt, 3. Verwaltungsbezirk, Wedding. Freitag, abds. 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung, Schulaula Braunnstraße 11.

Sprech-Chor für die „Proletarischen Elternbeiräte“. Morgen, Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: Übungsstunde in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16-17. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Öffentliche Mahnung. Alle Steuerpflichtigen im Gebiete des Verwaltungsbezirks Friedrichshagen, umfassen die Stadtbezirke 149-151, 153-181 K, 183-189 C, 189 E, 190 B, 190 C, 190 E, 190 F, 195 und Berlin-Straßen außerhalb der Abtei, die noch Gewerbesteuerzuschlag, Betriebssteuerzuschlag und Handwerkskammerkostenbeitrag für das Steuerjahr 1921 und früher zu zahlen haben, werden durch öffentliche Mahnung aufgefordert, ihre Steuern, soweit ihnen nicht Stundung bewilligt ist, spätestens bis zum 22. Mai 1922 an ihre zuständigen Steuerklasse abzuführen. Besondere Mahnzeitel werden nicht beschickt. Wer die rechtszeitige Zahlung bis zum 22. Mai 1922 verweigert, hat sofort die mit weiteren erheblichen Kosten verbundene zwangsweise Beitreibung zu gewärtigen. Die insbesondere auch durch Pfändung von Forderungen aller Art, wie Mieten, Gehalt und Lohn, erfolgen kann. Am 21. jeden Monats bleiben die Steuerlisten für das Publikum geschlossen.

Der Untergang der „Storkow“. In dem am vergangenen Sonnabend vor der Strafkammer in Potsdam beantragten Prozeß gegen den Kapitän Wilhelm Rischelmann wurde mit der Beweisaufnahme fortgefahren. Inspektor Schlotz wurde als Zeuge befragt, wer die beiden Hauptbelastungszeugen, die beiden Führer, einsetzte habe. Der Zeuge erwidert darauf, daß er es gewesen sei, der die Einstellung vorgenommen habe, erklärt aber, daß er dadurch keine Beeinträchtigung der Zeugen habe erreichen wollen. Im Laufe des Verfahrens bemerkt der Zeuge noch, daß er den Angeklagten eine Stunde nach dem Unfall gesprochen habe, einen Alkoholgeruch habe er bei Rischelmann nicht feststellen können; hingegen der Steuermann Goldmann sei ihm nicht näher näher vorgekommen.

Dann kam es zu einem kleinen Zwischenfall bei der Befragung der Schiffslaternen. Der Staatsanwalt hat festgestellt, daß hinter seinem Rücken die beschlagnahmten Schiffslaternen, die im Potsdamer Wasserbauamt untergestellt waren, vom Betriebsinspektor Schlotz von der Stern-Gesellschaft beschlagnahmt worden waren. Die Befragung hat der Potsdamer Baurat Stevers unbeeinträchtigt ohne Zustimmung des Staatsanwalts gestattet. Bei der Vernehmung des Baurats Dech ergibt sich, daß die Stern-Gesellschaft drei Tage vor dem heutigen Termin die Herausgabe der beschlagnahmten Laternen verlangt habe. Der Anklagevertreter stellt darauf fest, daß inzwischen bei den Lampen eine merkwürdige Veränderung stattgefunden habe. — Wer diese Veränderung vorgenommen hat, bedarf noch der Aufklärung.

Straßenbahnverkehr nach der Köpenicker Heide. Zur Entlastung der insbesondere an den Sonn- und Festtagen stark in Anspruch genommenen Linie 66 nach der Köpenicker Heide werden fortan auch die Wagen der Linie R bei gutem Wetter an den obengenannten Tagen zeitweise nach Bedarf

als zur Köpenicker Heide durchgeführt werden. Diese Ausdehnung bezieht sich zunächst auf die in der Zeit von 1-4 Uhr den Moritzplatz passierenden R-Wagen. Zur leichten Durchführung der Rückbeförderung verkehrt die gleiche Linie von 7 Uhr abends ab Köpenicker Heide. Die Wagen sind zur Orientierung des Publikums durch Anbringung entsprechender Kopfschilder kenntlich gemacht.

Ein Parteijubiläum. Am heutigen Mittwoch wird unter alter Parteigenosse Ferdinand Kiep 60 Jahre alt. Im alten 6. Wahlkreis, speziell während des Krieges, und auch in der Nachkriegszeit, in dem heutigen 2. Distrikt, hat der alte und immer rührige Genosse als Bezirksführer stets seine Pflicht getan. Wir hoffen, daß uns Genosse Kiep noch recht lange erhalten bleibt.

Der Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge hält trotz wiederholter amtlicher Warnung in fast unverändertem Umlauf an. Das Bezirksamt Neufölln hat dieshalb im Monat März wiederum in acht Fällen das gerichtliche Strafverfahren einleiten müssen, da von den in Frage kommenden Personen zum Teil unwahre Angaben über ihre tatsächlichen Einkünfte gemacht worden und sie demzufolge unberechtigterweise in den Genuss der Unterstützung gelangt sind. Aus der Zahl der bereits laufenden Strafsachen haben weitere zehn ihre Erledigung durch Verurteilung zu Geldstrafen von 150-400 Mark und daß bis zu einem Monat Gefängnis (wenn erhebliche Nachteile erwachsen dem Verurteilten) noch durch die besonders ausgesprochene zeitweise oder gar dauernde Ausschließung von der Fürsorge.

U.S.P.D.-Bezirk Karlshorst. Mitgliederversammlung am 18. Mai, pünktlich 7 1/2 Uhr abends im Reichensaal der Schule Augusta-Viktoria-Straße. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Referat des Genossen Rintke: „Arbeiterbewegung in Amerika“.

U.S.P.D.-Feuerwehr. Am Donnerstag, dem 18., und Freitag, dem 19. Mai, finden nachmittags 4 Uhr gemeinsame Jahlabende in der Breiten Straße 8-9, Arbeiterbildungsschule, statt.

Sprachschule für Proletarier. In den nächsten Tagen beginnen neue Anfänger-Kurse in Englisch (Abendunterricht) für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen am Mittwoch, den 17. Mai von 8-10 Uhr und Sonnabend von 5-7 Uhr in der Gemeindefortschrittlichen hinter der Garzisonstraße, nahe Bahnhofs Börse, Zimmer 7, das rechte Seitensüßgel.

Der Frauenarzt Dr. Arthur Stein und Frau, Kaiser-Allee 20, legen Wert auf die Feststellung, daß sie mit den Personen gleichen Namens, die im Nordprozeß Reicher genannt wurden, nicht identisch sind.

Das Mietvereinigungsamt 5 verlegt am 17. Mai seine Geschäftsräume von der Volkstr. 29 nach dem 1. Stockwerk des Hauses Garten-Platz 4. Das Landesamt 11 bezieht am gleichen Tage die Erdgeschossräume des genannten Grundstücks. Am 18. d. Mis. verlegt die Kohlenhelle ihre Geschäftsräume von der Brunnenstraße 111a nach dem Erdgeschoss des Hauses Volkstr. 29. — Die Geschäftsräume der letztgenannten Dienststellen bleiben am 18. d. Mis. für das Publikum geschlossen.

Die 79. Brotkommission wird am 17. Mai d. J. aufgelöst. Die Verforgung der Einwohner mit Karten übernehmen ab 18. Mai für die Stadtbezirke 180a und 8 Brotkommission „Friedrichshagen 11“, Hansburgr. 30, für die Stadtbezirke 190d und 101, Brotkommission „Frenslauer Berg 15“, Poststr. 5, für den Stadtbezirk 180a Brotkommission „Friedrichshagen 18“, Büschingstr. 3, Ede Friedenstraße.

Wegen unzulässiger Betriebsführung sind vom Reichbezugsamt aus geschlossen worden: 1. der Bäckermeister Wilhelm Trenn, Karlstr. 1 (3 Monate), 2. der Bäckermeister Hans Wunnicke, Adalberstr. 97 (4 Wochen).

Wadet nicht an verbotenen Stellen! Zu Beginn der warmen Jahreszeit macht das Polizeipräsidium darauf aufmerksam, daß das Baden an unerlaubten Stellen der Berliner Gewässer verboten ist. Jeder, der das Verbot beachtet, handelt nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit. Es wird besonders auf folgende Stellen aufmerksam gemacht: die Ufer des Plöbensees, die Spree am Ende des Argeles und der kleinen Stralauer Straße, die Spreeruler an der Köpenicker Brücke und die Trepower Spreer an der Eisenbahnbrücke.

Auf eigenartige Weise tödlich verunglückt ist ein Kutscher der Firma Thuffen u. Co. G. m. b. H. Als er mit einem mit eisernen Trägern beladenen Wagen die abschüssige Biehetstraße hinabfuhr und die Bremse anschieben wollte, bemerkte er, daß diese nicht funktionierte. Der Wagen raste infolgedessen in immer schneller werdendem Tempo der Bergstraße zu. Bei dem Versuch, den Wagen durch Anziehen der Leine doch noch zum Stehen zu bringen, stoppte der Wagen einen Augenblick, so daß die eisernen Träger nach vorn rutschten und der Kutscher von seinem Bod auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. Die Räder rollten ihm über Kopf und Brust, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Nach vorgefundenen Papieren handelt es sich um den 60 Jahre alten Kutscher Karl Häger aus der Döllischen Straße.

Aus dem Schäfersee gelandet Aus dem Schäfersee in Reinickendorf wurde die Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mädchens gelandet, die etwa zehn Tage im Wasser gelegen haben mochte. Sie trug schwarze Halbhose, schwarze Hosenstrümpfe, grüneleibene Strumpfbänder, schwarzes Mantelkleid, weißes Hemd und blaue Weinkleider. Die Unbekannte ist 1,60 Meter groß und hat dunkelblondes Haar. Am kleinen Finger der rechten Hand trug sie einen Horrenring mit rotem Stein. Ferner fand man bei ihr zwei Schüsseln und ein Taschentuch, das nicht gezeichnet ist. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor. — An der Mühlenbammelschleife wurde die Leiche eines Mannes aus dem Wasser gezogen, der etwa 50 bis 60 Jahre alt gewesen sein mag. Er hat graues dünnes Haar und einen Anflug von Vollbart. — In der Nähe der Frelarthenbrücke zog man die Leiche des 50 Jahre alten Invaliden Karl N. aus dem Wasser.

Tödlicher Unfall eines Schülers. Gestern nachmittags wurde der 10jährige Schüler Rudolf Hinz an der Ecke der Tauentzien- und Nürnberger Straße durch ein Auto der Firma Manold-Schöneberg überfahren. Man brachte ihn nach der Rettungshalle, wo der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte.

Des Lebens müde. Gestern nacht hat sich die 35 Jahre alte Frau Martha G. in ihrer Wohnung in der Kirchstraße mit Gas vergastet. Die Leiche der Unglücklichen wurde dem Schauhause zugeführt.

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfaderngeschwüren, Hämorrhoiden ist San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe seit 100 Jahren ein bewährtes u. schmerzbringendes Mittel. Original-Dose 17.50 u. 34. — M. Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74. Fernr. Nr. 2199

